

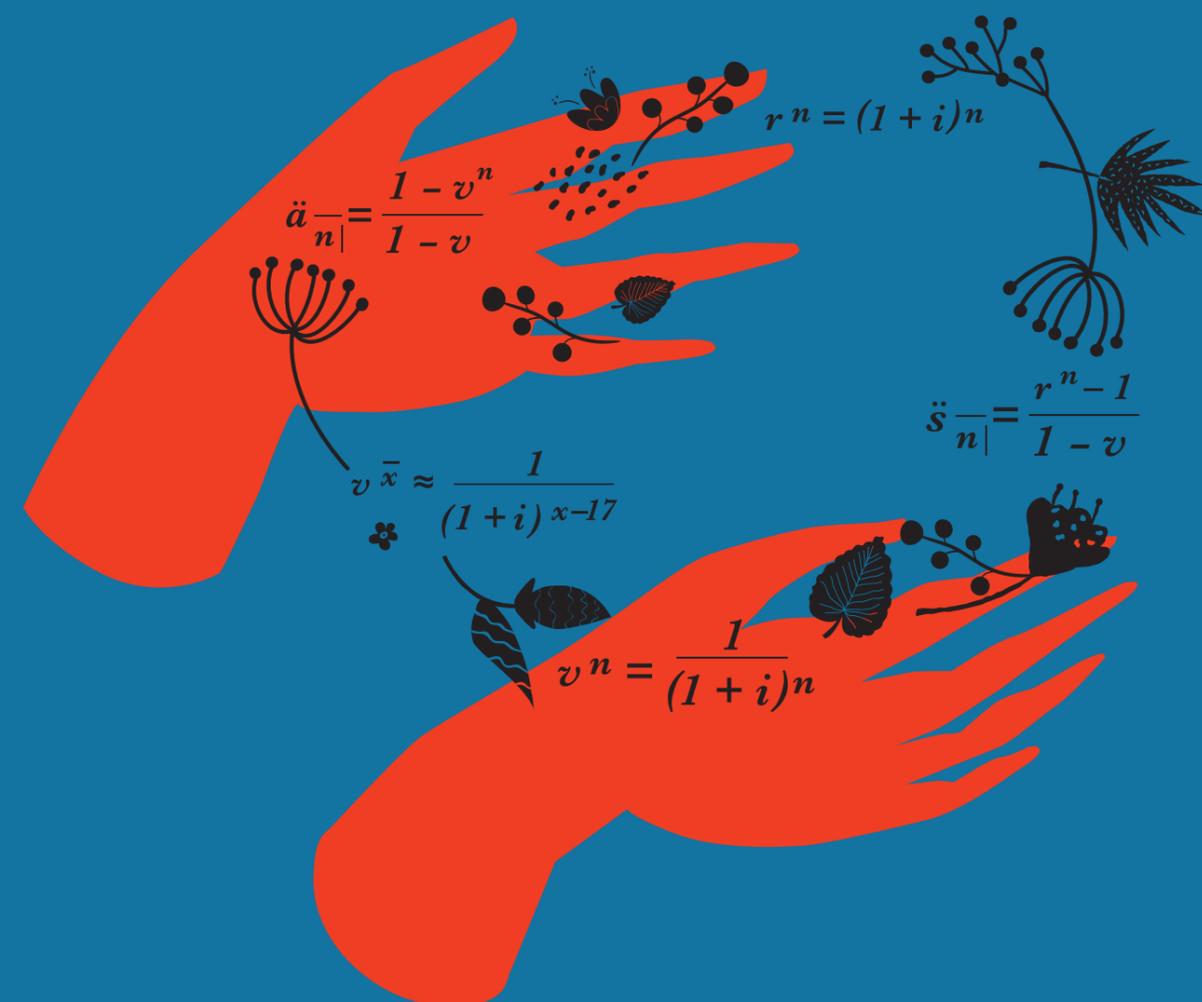
50 JAHRE

KAMMER DER PENSIONSKASSEN-EXPERTEN • 10. FEBRUAR 1970 BIS 2020

SKPE CSEP

Schweizerische Kammer
der Pensionskasse-Experten

Chambre Suisse des Experts
en Caisse de Pensions



SKPE CSEP

FESTSCHRIFT

50 JAHRE • KAMMER DER PENSIONSKASSEN-EXPERTEN
10. FEBRUAR 1970 BIS 2020

*50 ANS • CHAMBRE SUISSE DES EXPERTS EN CAISSE DE PENSIONS
10. FEVRIER 1970 AU 2020*

INHALTS- VERZEICHNIS

7 VORWORT *Zur Gründung*

11 AVANT-PROPOS *Fondation*

15 SCHWERPUNKT *Die Entstehung der Fachrichtlinien*

13 SCHWERPUNKT *Weiterbildung*

15 PRÄSIDENTIALZEITEN *2020 zurück bis 1970*

VON DER GRÜNDUNG ZU EINEM STARKEN BERUFSVERBAND

Vorwort

Einigen weitsichtigen Versicherungsmathematikern war klar, dass die Entwicklung der beruflichen Vorsorge in der Schweiz sinnvoll nur gemeinsam vorangetrieben werden kann.

Anlässlich der Mitgliederversammlung der Vereinigung schweizerischer Versicherungsmathematiker am 18. Oktober 1969 warf Prof. Willy Wunderlin die Frage auf, ob sich nicht eine Gruppe von versicherungsmathematischen Experten finden liesse, die sich hauptberuflich mit Pensionskassen beschäftigen, für die ein Zusammenschluss in Frage kommen könnte.

Die Altmeister der beratenden Experten, Pierre Rieben in Peseux und Eric Deprez in Zürich, erklärten sich bereit, eine Liste von Personen aufzustellen, die an einem beruflichen Zusammenschluss Interesse haben könnten. Von vornherein war klar, dass diese Gruppe mit der Zeit alle beratenden Experten umfassen sollte. Die Anfrage fand erfreulichen Anklang, so dass einige Interessenten bereits mit der Ausarbeitung von Statuten begannen. Nach zwei Sitzungen wurden diese am **10. Februar 1970** von 21 Gründungsmitgliedern genehmigt. Die «Kammer der Pensionskassen-Experten» war geboren.

Die Kammer der Pensionskassen-Experten ist ein eigenständiger Verein, der jedoch eng mit der Vereinigung schweizerischer Versicherungsmathematiker verbunden ist. Ziel der Kammer sind die Erhaltung und der Ausbau der betrieblichen und verbandlichen Pensionskassen des privaten und öffentlichen Rechts, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der zweiten Säule. In versicherungsmathematischen und versicherungstechnischen Belangen strebt die Kammer eine enge Zusammenarbeit mit der Vereinigung schweizerischer Versicherungsmathematiker an. Eric Deprez, erster Präsident der Kammer der Pensionskassen-Experten, schreibt bei der Vorstellung des neuen Berufsverbandes: «Jeder verantwortungsbewusste Experte hat sich schon vor einiger Zeit überlegen müssen, dass die Zeiten, in welchen jeder seine eigenen Methoden und Usanzen, um nicht zu sagen Mätzchen, hatte, die er unter keinen Umständen preisgeben wollte, nun endgültig vorbei sind». Diese Feststellung gilt auch nach 50 Jahren unverändert, obwohl die heutigen Experten beklagen, dass der Freiheitsgrad der Berufsausübung immer stärker reguliert wird.

DIE ERSTE RICHTLINIE

Gemäss Statuten war das Erstellen von Richtlinien und Normen für die Errichtung, den Betrieb und die periodische Kontrolle autonomer Pensionskassen eine der wesentlichen Aufgaben der Kammermitglieder. Bereits bei der Gründung wurden zu diesem Zweck zwei Kommissionen gebildet. Eine stellte Richtlinien für die Handhabung von Aufträgen auf dem Gebiet der Pensionskassen-Beratung auf. Die andere erarbeitete Lösungsvorschläge für die Freizügigkeit, denn die Freizügigkeit bei Stellenwechsel war damals sehr eingeschränkt.

Die Kammer dehnte ihre Richtlinien auf alle Gebiete der Pensionskassen-Beratung aus, die sich damals dem beratenden Experten in der Praxis darboten. Neben technischen Aspekten schenkte man dem Verhältnis von Auftraggeber und Experten die notwendige Beachtung.

Die Richtlinien stiessen auch in der Vereinigung schweizerischer Versicherungsmathematiker auf Wohlwollen und wurden als Gemeinschaftswerk beider Vereine im Oktober 1972 publiziert. Diese «Grundsätze und Richtlinien für Pensionsversicherungsexperten» hatten lange Bestand und wurden erst am 9. September 1990 durch eine überarbeitete Version ersetzt.

AUFNAHME IN DIE KAMMER DER PENSIONS-KASSEN-EXPERTEN

Die wichtigste Voraussetzung für die Aufnahme in die Kammer war, dass der Bewerber Entscheidungsbefugnisse hatte, die eine objektive, unabhängige Beratung garantierten. Er musste zudem in der Regel mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im Gebiet der Pensionskassen haben und genügende Fachkenntnisse ausweisen können, also theoretische Ausbildung als Versicherungsmathematiker sowie ausreichende Berufserfahrung. Unabhängig davon verwehrt die Kammer Versicherungsmathematikern der Lebensversicherungen die Aufnahme in die Kammer ganz bewusst. Die Angst war gross, dass diese Mathematiker nicht über die notwendigen Entscheidungsbefugnisse verfügen und so die Kammer zu sehr durch die Lebensversicherungen geprägt würde. Noch an der Generalversammlung 2007 wurde die Aufnahme von Pensionskassen-Experten, die bei Versicherungsgesellschaften arbeiteten, weiterhin verworfen. Trotzdem hielt der Vorstand der Kammer eine Zulassung dieser Klientel für richtig und brachte bereits ein Jahr später modifizierte Statuten zur Abstimmung.

DIE KAMMER DER PENSIONS-KASSEN-EXPERTEN UND DAS OBLIGATORIUM DER ZWEITEN SÄULE

Im Jahre 1972 wurde das Drei-Säulen-Prinzip in der Bundesverfassung verankert. Die berufliche Vorsorge (zweite Säule) hat neben der AHV (erste Säule) im Rahmen des Drei-Säulen-Prinzips eine tragende Rolle. Die Experten waren gefordert, ihre Ideen für eine obligatorische zweite Säule zu formulieren. Am 25. Juni 1982 trat das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) mit Wirkung ab 1. Januar 1985 schliesslich in Kraft. Aus dem einstigen Rahmengesetz ist mittlerweile ein umfassendes Regelwerk mit unzähligen Verordnungen, Weisungen und Richtlinien geworden. Die Komplexität und der Umfang des Gesetzes fordern nicht nur die Laien, sondern auch die Experten heraus. Diverse Stimmen verlangen, das Gesetz auf das Notwendige zu reduzieren.

FACHRICHTLINIEN

Die «Grundsätze und Richtlinien für Pensionsversicherungsexperten» der Kammer und der Schweizerischen Aktuarvereinigung (SAV) beschränkten sich auf die Art und Weise der Durchführung der Aufgaben eines Pensionskassen-Experten. In Ergänzung zu den Grundsätzen stellen Fachrichtlinien zu spezifischen Fachthemen die fachlich seriöse Berufsausübung sicher. So wird die Forderung der Versicherten, Vorsorgeeinrichtungen und Aufsichtsbehörden nach Transparenz, Offenlegung, Normierung und Vergleichbarkeit erfüllt. Viele Experten wehrten sich gegen die Einführung von Fachrichtlinien. Sie sahen ihre Freiheiten in der Berufsausübung zu stark eingeengt. Der Vorstand der Kammer liess sich jedoch nicht von der überwachten Selbstregulierung abbringen. Die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission «Strukturreform» empfahl dem Gesetzgeber eine Neukonzeption der Aufsicht. Eine von der Bundesverwaltung unabhängige Oberaufsicht soll seither die kantonalen respektive regionalen Aufsichtsbehörden überwachen und Systemrisiken in der beruflichen Vorsorge nach Möglichkeit verhindern, indem sie Qualitäts- und Fachstandards allgemeinverbindlich festlegt. Der Vorstand der Kammer wollte diese Qualitäts- und Fachstandards in Selbstregulierung erlassen, damit nicht der Gesetzgeber diese Aufgabe übernahm, und konnte sich damit durchsetzen.

MITTLERWEILE REGELN ACHT FACHRICHTLINIEN DIE WICHTIGSTEN THEMEN DER EXPERTENTÄTIGKEIT.

Diese sind:

- FRP 1 Deckungsgradberechnung gemäss Art. 44 BVV 2 im System der Vollkapitalisierung
- FRP 2 Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen
- FRP 2a Berechnung des Vorsorgekapitals für variable Renten
- FRP 3 Teilliquidation
- FRP 4 Technischer Zinssatz
- FRP 5 Mindestanforderungen an die Prüfung der Vorsorgeeinrichtung gemäss Art. 52e Abs. 1 BVG
- FRP 6 Unterdeckung / Sanierungsmassnahmen
- FRP 7 Prüfung von Vorsorgeeinrichtungen mit mehreren Vorsorgewerken gemäss Art. 52e BVG

Die Fachrichtlinien Nr. 1, 2, 4, 5 und 6 wurden von der Oberaufsichtskommission BV für alle zugelassenen Experten allgemeinverbindlich erklärt.

SEKRETÄR DER KAMMER

Die Generalversammlung vom 9. April 2003 nahm den Vorschlag des Vorstandes, neben dem kaufmännischen Sekretariat einen Verbandssekretär zu verpflichten, an. Im Jahre 2004 wurde Dominique Koch als erster Sekretär der Kammer im Teilzeitverhältnis angestellt. Damit konnte der Vorstand bei seinen vielfältigen Aufgaben entlastet werden. Im Frühjahr 2010 löste Urs Bracher Dominique Koch in der Funktion des Sekretärs ab.

RICHTLINIEN ZUR UNABHÄNGIGKEIT DER PENSIONSKASSEN-EXPERTEN

Die Unabhängigkeit ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass der Experte für berufliche Vorsorge sein Urteil objektiv und unbeeinflusst abgeben kann. Diese Objektivität setzt eine Kombination von grösstmöglicher Unparteilichkeit, charakterlicher Integrität und dem Fehlen von Interessenskonflikten voraus. Eine Richtlinie zur Unabhängigkeit der Pensionskassen-Experten hat die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten an der Generalversammlung vom 26. April 2006 verabschiedet. Am 22. Oktober hat die Oberaufsichtskommission die Weisung 3/2013 «Unabhängigkeit des Experten für berufliche Vorsorge» erlassen. Die Kammer konnte deshalb an der Generalversammlung 2014 die eigene Richtlinie ausser Kraft setzen.

INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG (IFRS/US-GAAP)

Seit Dezember 2009 publiziert die Arbeitsgruppe «Internationale Rechnungslegung» auf der Homepage der Kammer relevante Diskontsätze für die Bilanzierung von Pensionskassen nach internationalen Standards. Die Publikation dieser Diskontsätze erfolgt vierteljährlich im Sinne einer unverbindlichen Empfehlung der Kammer für interessierte Kreise. Die Diskontsätze werden von mehreren Expertenbüros erhoben. Basis sind die von den jeweiligen Expertenbüros verwendeten Zinskurven für die IFRS- und US-GAAP-Berechnungen. Die Diskontsätze haben eine Duration von 10, 15 oder 20 Jahren. Die Expertenbüros, Finanzchefs von internationalen Firmen wie auch die Revisionsgesellschaften schätzen die Publikation der aktuellen Diskontsätze sehr.

PENSIONSKASSEN SOLVENZTEST PKST®

Eine Arbeitsgruppe der Kammer unter der Führung von Roger Baumann hat den Solvenzttest PKST® entwickelt. Der PKST® ist als präventive und komplementäre Kontrollfunktion für die technische Bewertung gedacht. Er gewährt somit eine zusätzliche Betrachtungsperspektive mit ergänzenden Informationen. Der Solvenzttest PKST® beantwortet die Frage, ob die Vorsorgeeinrichtung mit genügender Sicherheit in den kommenden zwölf Monaten zu «marktnahen» Konditionen liquidiert werden kann. Somit besteht eine klare Trennung zwischen der langfristigen technischen Bewertung und einer Solvenzbewertung. Der von der Kammer entwickelte Solvenzttest PKST® ist mathematisch befriedigend, skalierbar (mit frei wählbarem Sicherheitsniveau), basiert auf stochastischen Modellen und kann dennoch mit moderatem Aufwand abgebildet werden. Er ist somit «expertentauglich».

Den Anwendern stehen ein Excel-Tool und eine Wegleitung zur Verfügung. In der Regel wird das Tool mit einem Lizenzvertrag nur an Mitglieder der SKPE abgegeben.

WEITERBILDUNGSPFLICHT FÜR DIE EXPERTEN

Der Vorstand der Kammer hat im Herbst 2006 eine Weiterbildungskommission ernannt. Diese Kommission organisiert seither jährlich Weiterbildungsveranstaltungen für die Kammermitglieder. Anlässlich der Generalversammlung vom 29. April 2010 hat die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten eine obligatorische jährliche Weiterbildungspflicht im Bereich der beruflichen Vorsorge beschlossen. Diese in Eigenverantwortung durchzuführende Weiterbildungspflicht trat nach einer Übergangsphase am 1. Januar 2012 in Kraft.

2015 NEUER TRÄGERVEREIN FÜR DIE EXPERTEN-AUSBILDUNG (EBV)

Die Schweizerische Aktuar Vereinigung, SAV, und die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten gründeten am 2. Dezember 2015 den gemeinsamen Trägerverein «Eidgenössisches Diplom Experte/Expertin für berufliche Vorsorge» (EBV) für die zukünftige Ausbildung der Experten. Der Verein EBV formulierte 2016 in zahlreichen Workshops unter der Leitung von Roland Schmid die Ausbildungsziele und die neue Prüfungsordnung, die am 1. Juli 2018 in Kraft trat.

MITGLIEDER SKPE

Aus ursprünglich 21 Gründungsmitgliedern ist die Kammer mittlerweile auf 214 Mitglieder angewachsen. Neben 169 ordentlichen (aktiven) Mitgliedern stützen 43 Freimitglieder und zwei Ehrenmitglieder, nämlich Pierre Christe und Jean-Pierre Volkmer, unsere Kammer. Die Kammer umfasst somit beinahe 100 % aller berufstätigen Experten für berufliche Vorsorge in der Schweiz.

Ein Grund, stolz zu sein auf 50 Jahre im Wirken für eines der wichtigsten Vorsorgesysteme in der Schweiz.

L'ORGANISATION PROFESSIONNELLE, DE SA FONDATION À L'EXPRESSION DE SON POTENTIEL

Acte de fondation

Quelques actuaires visionnaires étaient conscients que l'évolution de la prévoyance professionnelle en Suisse ne pouvait raisonnablement progresser que dans un esprit communautaire.

À l'occasion de l'assemblée des membres de l'Association suisse des Actuaires le 18 octobre 1969, Willy Wunderlin lança l'idée d'un groupe d'actuares experts qui se consacrent essentiellement aux caisses de pensions susceptibles de fusionner ensemble.

Les doyens des experts, Pierre Rieben à Peseux et Eric Deprez à Zurich, se sont déclarés prêts à établir une liste de personnes qui pourraient être intéressées par une fusion professionnelle. Dès le début, il était clair que ce groupe allait rassembler tous les experts en conseil.

Cette proposition a reçu un accueil favorable, si bien que quelques personnes intéressées ont commencé à rédiger des statuts. Au bout de deux séances, ces statuts ont été adoptés par 21 membres fondateurs le 10 février 1970. La «Chambre Suisse des experts en caisses de pensions» était née.

La Chambre Suisse des experts en caisses de pensions est une organisation professionnelle indépendante, mais très liée à l'Association Suisse des Actuaires. L'objectif de la Chambre consiste à développer et à préserver les caisses de pensions professionnelles et associatives de droit public et privé, eu égard notamment à l'évolution du deuxième pilier. En matière de problématiques actuarielles, la Chambre fait appel au concours de l'Association Suisse des Actuaires.

Eric Deprez, premier président de la Chambre Suisse des experts en caisses de pensions, présente ainsi la nouvelle organisation professionnelle : «Chaque expert responsable s'est déjà fait la réflexion que l'époque où chacun avait ses propres méthodes, et ses propres usages, pour ne pas dire ses lubies, auxquels il ne voulait renoncer en aucun cas, était révolue».

Ce constat est encore valable 50 ans plus tard, même si les experts déplorent aujourd'hui que le degré de liberté d'exercice du métier soit de plus en plus réglementé.

LA PREMIÈRE DIRECTIVE

Selon les statuts, l'établissement de directives et de normes pour la mise en place, l'exploitation et le contrôle périodique des caisses de pensions autonomes était une des tâches principales des membres de la Chambre. À cet effet, deux commissions ont été créées dès la fondation. La première établissait des directives pour la gestion des missions de conseil aux caisses de pensions. L'autre élaborait des propositions de solutions pour le libre passage, car le libre passage en cas de changement de poste était alors très limité.

La Chambre a étendu ses directives à l'ensemble des domaines du conseil aux caisses de pensions qui se prêtaient alors au conseil d'experts. Outre les aspects techniques, le rapport entre employeurs et experts avait son importance. Ces directives ont été accueillies favorablement aussi au sein de l'Association suisse des Actuaires, et ont été publiées en octobre 1972 comme le fruit d'un travail conjoint. Ces «Principes et directives pour les actuaires-conseils» ont été longtemps appliqués avant d'être remplacés par une version remaniée le 9 septembre 1990.

ADMISSION AU SEIN DE LA CHAMBRE DES EXPERTS EN CAISSES DE PENSIONS

La principale condition d'admission dans la Chambre était que le candidat possède des compétences décisionnelles qui garantissent un conseil objectif et indépendant. Il devait en outre avoir au moins cinq années d'expérience professionnelle dans le domaine des caisses de pensions et faire preuve de connaissances techniques suffisantes, donc une formation théorique en tant qu'actuaire et une expérience professionnelle suffisante. Indépendamment de ces critères, la Chambre a rejeté délibérément l'admission d'actuaires des assurances-vie, craignant que ces actuaires ne disposent pas des compétences décisionnelles nécessaires et que la Chambre soit trop marquée par les assurances-vie. Encore à l'occasion de l'assemblée générale de 2007, l'admission d'experts des caisses de pensions qui travaillaient pour des sociétés d'assurances a été rejetée. Pourtant, le comité de la Chambre a jugé bénéfique une admission de cette catégorie d'experts, et il a fait voter des statuts modifiés un an plus tard.

LA CHAMBRE DES EXPERTS EN CAISSES DE PENSIONS ET LE RÉGIME OBLIGATOIRE

En 1972, le principe des trois piliers a été inscrit dans la constitution fédérale. La prévoyance professionnelle (deuxième pilier) joue un rôle majeur dans le cadre du principe des trois piliers, à côté de l'AVS (premier pilier). Les experts ont été priés de formuler leurs idées pour un deuxième pilier obligatoire. Le 25 juin 1982, la Loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) est entrée en vigueur au 1er janvier 1985.

La loi-cadre de l'époque est devenue entre-temps un arsenal législatif complet avec d'innombrables ordonnances, instructions et directives. La portée et la complexité de la loi représente un défi pour les profanes, mais aussi pour les experts. Plusieurs voix s'élèvent pour demander de réduire la loi au nécessaire.

DIRECTIVES TECHNIQUES

Les «Principes et directives pour les actuaires-conseils» de la Chambre et de l'Association suisse des Actuaires se limitent à la façon de traiter les tâches d'un expert en caisses de pensions. En complément à ces principes, les directives techniques garantissent une pratique professionnelle sérieuse sur des thématiques spécifiques. L'exigence de transparence, de communication, de normalisation et de comparabilité réclamée par les assurés, les institutions de prévoyance et les autorités de surveillance est ainsi satisfaite. Bon nombre d'experts se sont élevés contre l'introduction des directives techniques, y voyant une trop grande restriction de leur liberté d'exercer leur profession. Le comité de la Chambre ne s'est pas laissé détourner de l'autorégulation contrôlée. La commission d'experts mise en place par le Conseil fédéral «Réforme structurelle» a recommandé au législateur une nouvelle conception de la surveillance. Une instance suprême indépendante de l'administration fédérale devrait surveiller les autorités de surveillance cantonales et régionales. Cette instance suprême est censée empêcher les risques systémiques de la prévoyance professionnelle selon ses capacités, tout en définissant des standards qualitatifs spécialisés obligatoires. Le comité de la Chambre a voulu édicter ces standards qualitatifs spécialisés en autoréglementation pour éviter que le législateur s'empare de cette tâche, et par là même s'impose.

À ce jour, huit directives techniques réglementent les principaux thèmes de l'activité d'expert. Les voici:

- DTA 1 Calcul du degré de couverture, selon l'article 44 OPP 2, dans le système de capitalisation complète
- DTA 2 Capitaux de prévoyance et provisions techniques
- DTA 2a Calcul du capital de prévoyance pour les rentes variables
- DTA 3 Liquidation partielle
- DTA 4 Taux d'intérêt technique
- DTA 5 Exigences minimales lors de l'examen de l'institution de prévoyance conformément à l'art. 52e al. 1 LPP
- DTA 6 Découvert / mesures d'assainissement
- DTA 7 Examen selon l'article 52e LPP d'institutions de prévoyance comptant plusieurs œuvres de prévoyance

Les directives techniques n°1, 2, 4, 5 et 6 ont été déclarées de force obligatoire par la Commission de haute surveillance de la prévoyance professionnelle PP pour tous les experts agréés.

SECRÉTAIRE DE LA CHAMBRE

L'assemblée générale du 9 avril 2003 a accepté la proposition du comité d'engager un secrétaire, en plus du secrétariat commercial. En 2004, Dominique Koch a été engagé à temps partiel comme premier secrétaire de la Chambre. Le comité a ainsi pu être déchargé de nombreuses tâches. Au printemps 2010, Urs Bracher a remplacé Dominique Koch dans ses fonctions de secrétaire.

DIRECTIVES POUR L'INDÉPENDANCE DES EXPERTS EN CAISSES DE PENSIONS

L'indépendance est une condition centrale pour que les experts en prévoyance professionnelle puissent délivrer leur jugement en toute objectivité et sans être influencés. Cette objectivité implique de combiner la plus grande impartialité possible, l'intégrité et l'absence de conflits d'intérêts. La Chambre Suisse des experts en caisses de pensions a adopté une directive relative à l'indépendance des experts en caisses de pensions à l'occasion de l'assemblée générale du 26 avril 2006. Le 22 octobre, la Commission de haute surveillance a publié la directive 3/2013 "Indépendance des experts en matière de prévoyance professionnelle". La Chambre a donc pu abroger sa propre directive lors de l'assemblée générale de 2014.

NORMES COMPTABLES INTERNATIONALES (IFRS / US-GAAP)

Depuis décembre 2009, le groupe de travail «Normes comptables internationales» publie sur le site Internet de la Chambre les taux d'actualisation pertinents pour établir le bilan des caisses de pensions selon les standards internationaux. La publication de ces taux d'actualisation a lieu tous les trimestres dans une optique de recommandation facultative de la Chambre à l'attention des cercles intéressés. Les taux d'actualisation sont relevés par plusieurs bureaux d'experts. Ils reposent sur les courbes de taux utilisés par les bureaux d'experts pour les calculs IFRS et US-GAAP. Les taux d'actualisation ont une durée de 10, 15 ou 20 ans. Les bureaux d'experts, les directeurs financiers des entreprises internationales ainsi que les sociétés d'audit apprécient particulièrement la publication des taux d'actualisation actuels.

TEST DE SOLVABILITÉ DES CAISSES DE PENSIONS PKST®

Un groupe de travail de la Chambre dirigé par Roger Baumann a développé le test de solvabilité PKST®. Le PKST® est conçu comme une fonction de contrôle préventive et complémentaire pour l'évaluation technique. Il offre une perspective d'observation supplémentaire avec des informations complémentaires. Le test de solvabilité PKST® répond à la question de savoir si l'institution de prévoyance peut être liquidée avec des garanties suffisantes dans les douze mois à venir dans des conditions «proches de celles du marché». Il existe une distinction nette entre l'évaluation technique à long terme et une évaluation de la solvabilité. Le test de solvabilité PKST® développé par la Chambre est mathématiquement satisfaisant, modulable (avec un niveau de sécurité au choix), basé sur des modèles stochastiques, et pourtant facile à représenter. Il est ainsi «valable pour les experts». Les utilisateurs disposent d'un outil Excel et d'un guide pratique. En règle générale, l'outil est délivré exclusivement aux membres de la SKPE avec un contrat de licence.

OBLIGATION DE FORMATION CONTINUE POUR LES EXPERTS

Le comité de la Chambre a nommé une commission de formation continue à l'automne 2006. Cette commission organise chaque année des manifestations de formation continue pour les membres de la Chambre. À l'occasion de l'assemblée générale du 29 avril 2010, la Chambre Suisse des experts en caisses de pensions a décidé d'une obligation de formation continue annuelle en matière de prévoyance professionnelle. Cette obligation de formation continue qui relève de la responsabilité individuelle est entrée en vigueur le 1er janvier 2012 après une phase de transition.

2015 NOUVELLE ASSOCIATION POUR LA FORMATION DES EXPERTS (EBV)

L'association suisse des actuaires et la Chambre Suisse des experts en caisses de pensions ont fondé conjointement le 2 décembre 2015 l'association «Expertes et experts en matière de prévoyance professionnelle avec diplôme fédéral» (EBV) pour la future formation des experts. L'association EBV a formulé les objectifs de formation en 2016 dans plusieurs ateliers dirigés par Roland Schmid, ainsi que le règlement d'examen qui est entré en vigueur le 1er juillet 2018.

MEMBRES CSEP

La Chambre est passée de 21 membres fondateurs à 214 membres. Outre les 169 membres ordinaires (actifs), 43 membres libres et 2 membres d'honneur, Pierre Christe et Jean-Pierre Volkmer, en font partie. La Chambre comprend ainsi près de 100% des experts en activité pour la prévoyance professionnelle en Suisse.

DIE FACHRICHTLINIEN UND IHRE ENTSTEHUNG

Schwerpunktthema

DIE ERHÖHTEN ANFORDERUNGEN AN DIE PENSIONS-KASSEN-
EXPERTEN UND DIE DEUTLICH SICHTBAREN ENTWICKLUNGEN HIN ZUR
NORMIERUNG VON ANWENDUNGSVORSCHRIFTEN, MACHTEN DIE
EINFÜHRUNG VON FACHRICHTLINIEN FÜR DIE EXPERTEN-
ARBEITEN NOTWENDIG.

Dazu wurde im Jahr 2005 zunächst ein Prozess zur Erarbeitung der Fachrichtlinien implementiert und anschliessend eine «Arbeitsgruppe Fachrichtlinien» (AG FRP) eingesetzt. Diese bereitete die ersten beiden Fachrichtlinien, die Fachrichtlinie FRP 1 «Deckungsgradberechnung gemäss Art. 44 BVV 2» und die Fachrichtlinie FRP 2 «Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» vor, welche am 1. Juli 2006 eingeführt wurden. Die Basis für die Ausarbeitung der für die SKPE wichtigen Fachrichtlinien war damit gelegt.

Nun galt es in der zweiten Jahreshälfte 2006, die Fachrichtlinien FRP 3 «Teilliquidation» und Fachrichtlinie FRP 4 «Finanzielles Gleichgewicht und Wertschwankungsreserven» voranzutreiben. Zu dem wichtigen Thema «Technischer Zinssatz» wurde von einer Untergruppe ein erstes Arbeitspapier erstellt. Dessen Behandlung wurde in der Folge jedoch zurückgestellt wurde.

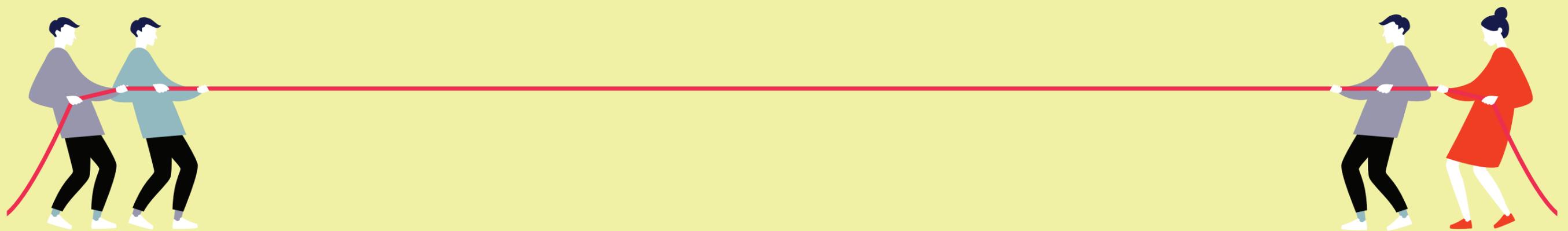
Die Fachrichtlinie FRP 3 «Teilliquidation» konnte hingegen nach intensiven Vorarbeiten am 10. November 2006 in die Vernehmlassung bei den Mitgliedern gehen. Wie es angesichts der schwierigen Materie und der grossen praktischen Bedeutung des Themas zu erwarten war, musste die Arbeitsgruppe zahlreiche Stellungnahmen bearbeiten. Als Hauptschwierigkeit erwies sich die Aufteilung von Rückstellungen und Reserven, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Übernahme oder dem Zurücklassen von Rentnerbeständen. Es konnte nicht allen Einwänden, die im Vernehmlassungsverfahren geltend gemacht wurden, Rechnung getragen werden. Am 23. Januar 2007 beschloss der Vorstand die FRP 3 «Teilliquidation» zum 1. Juli 2007 in Kraft zu setzen.

Die FRP 4 «Finanzielles Gleichgewicht und Wertschwankungsreserven» war Gegenstand intensiver Diskussionen. Einerseits weil das Thema relativ neu und die Arbeitsgruppe andererseits unsicher war, ob der mit der Strukturreform der Aufsicht erwartete neue Artikel 52e BVG jemals geschaffen werden würde. So war die Frage nach der Rolle des Experten für berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit der Anlagestrategie und der Bestimmung der Wertschwankungsreserven zu Beginn der Arbeiten schwierig. Schliesslich einigte sich die Arbeitsgruppe auf einen Kompromiss, der dem Vorstand am 2. Februar 2007 zur Beschlussfassung unterbreitet und am 16. Februar 2007 in die Vernehmlassung geschickt wurde. Die Stellungnahmen im Zuge der Vernehmlassung waren so mannigfaltig, dass klar wurde, dass vor allen weiteren Schritten die Frage des technischen Zinssatzes gelöst sein musste. So wurde die ursprünglich als FRP4 geplant Fachrichtlinie «Finanzielle Sicherheit» zurückgestellt und stattdessen widmete sich die Arbeitsgruppe Fachrichtlinie dem «Technischen Zinssatz».

NICHT ALLE MITGLIEDER WAREN VON DEN FACHRICHTLINIEN BEGEISTERT

Nicht alle Mitglieder waren von den Fachrichtlinien begeistert. Daher wurde die Sinnhaftigkeit der Fachrichtlinien an einer ausserordentlichen Generalversammlung vom 21. Oktober 2008 von drei externen Fachleuten unterstrichen. Die drei externen Referenten waren:

- Anton Streit, Vizedirektor des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV)
- Dr. Bernhard Kramer, Vorstandsmitglied der Konferenz der kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden
- Roland Sauter, PWC, Präsident der Subkommission Personalvorsorgeeinrichtung der Treuhandkammer



WEITERBILDUNG

FÜR DIE MITGLIEDER DER SKPE

Schwerpunktthema

AUFTRAG DER WEITERBILDUNGSKOMMISSION

Auch die Experten für berufliche Vorsorge, von denen die grosse Mehrheit (rund 98 %) der Schweizerischen Kammer der Pensionskassen-Experten (SKPE) angehören, müssen sich laufend weiterbilden und à jour halten, um die Veränderungen in der Gesellschaft und in der Gesetzgebung sinnvoll umsetzen zu können. Deshalb hat der Vorstand der SKPE im Herbst 2006 eine Weiterbildungskommission (WBK) ernannt und die Mitglieder der SKPE an der Generalversammlung vom 25. April 2007 darüber orientiert. Dies auch im Hinblick auf die dann im Jahr 2010 in Kraft getretenen Anpassungen im BVG (Strukturreform). In Art. 52d und 52e BVG sind die Zulassung und die Aufgaben des Experten für berufliche Vorsorge beschrieben.



Im Herbst 2007 fand sodann der erste von der WBK organisierte Weiterbildungstag zu den Themen «Internationale Rechnungslegung» und «Fachrichtlinien (FRP) 1, 2 und 3» in deutscher Sprache in Zürich und eine Woche später in französischer Sprache in Lausanne statt. Diese Veranstaltung wurde von insgesamt knapp 100 Personen besucht, davon über die Hälfte PK-Experten.

Unsere erste Aufgabe bestand neben der Organisation von Weiterbildungstagen in der Erstellung

- eines Pflichtenhefts für die Mitglieder der WBK
- einer Weiterbildungsrichtlinie und deren Kurzfassung in einem Merkblatt.

Die Weiterbildungsrichtlinie (Fassung 2018) und das Merkblatt WB-Richtlinie (Fassung 2018) sind über die Website www.skpe.ch verfügbar.

Die Aufgaben der WBK sind einerseits die Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen mit dem Ziel, das Fachwissen zu vertiefen und zu erweitern. Und andererseits die einheitliche Auslegung der Fachrichtlinien zu fördern. Zusätzlich sollen die Weiterbildungsveranstaltungen den Erfahrungsaustausch unter den Experten unterstützen.

Seit Einsetzung der WBK im Jahr 2007 lud diese jedes Jahr zu zwei eintägigen Veranstaltungen sowohl in Zürich als auch in Lausanne ein. Es würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, hier alle behandelten Themen wiederzugeben.

ORGANISATION

Die WBK bestand zu Beginn im Jahr 2006 aus sechs Mitgliedern der SKPE: Rolf Amrein, Peter Gubser, Felix Kunz, Peter Schiess (Präsident), Brigitte Terim und Laurence Weber.

Die Weiterbildungsrichtlinie ist für die Experten für berufliche Vorsorge eine verbindliche Vorgabe im Rahmen der qualifizierten Weiterbildung im Bereich der beruflichen Vorsorge. Pro Jahr müssen die Experten mindestens 20 Credit-Points erwerben, wobei ein Credit-Point einer Weiterbildung von etwa einer Stunde entspricht. An den in der Regel je eintägigen Veranstaltungen in deutscher und französischer Sprache können also acht Credit-Points (primär) erworben werden.

Die Kosten für eine Tagesveranstaltung beträgt für Mitglieder der SKPE CHF 500 und für die übrigen Teilnehmer CHF 650. Die Preise wurden so angesetzt, dass damit die Referenten bezahlt sowie Saalmiete, Verpflegung und administrative Kosten gedeckt werden können. Etwaige Gewinne oder Verluste gehen zu Lasten der SKPE. Da die Veranstaltungen bisher gut besucht waren, konnte so eine Rückstellung von CHF 50'000 gebildet werden.

Damit unsere Aus- und Weiterbildungen optimal mit der uns nahestehenden Schweizerischen Aktuarvereinigung (SAV) abgestimmt werden können, ist der Präsident bzw. die Präsidentin der WBK der SKPE auch Mitglied der Weiterbildungskommission der Schweizerische Aktuarvereinigung (SAV).

Um den Informationsaustausch und die Vergabe bzw. die Einhaltung und Überprüfung der Credit-Points breit abzustützen, ist an die Sitzungen der WBK regelmässig auch ein Mitglied der OBERAUFSICHT berufliche Vorsorge (OAK BV) eingeladen (ohne Stimmrecht).

Die WBK besteht aktuell aus sechs Mitgliedern: Patrick Baeriswyl, Brenda Duruz-McEvoy, Nicolas Girardoz, Marianne Frei, Thomas Frick und Laurence Weber (Präsidentin). Catherine Pietrini (OAK) nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil.

PETER SCHIESS, 2006 bis 2017

LAURENCE WEBER, 2017 bis heute

25 PRÄSIDIALZEITEN
VON 1970 BIS 2020

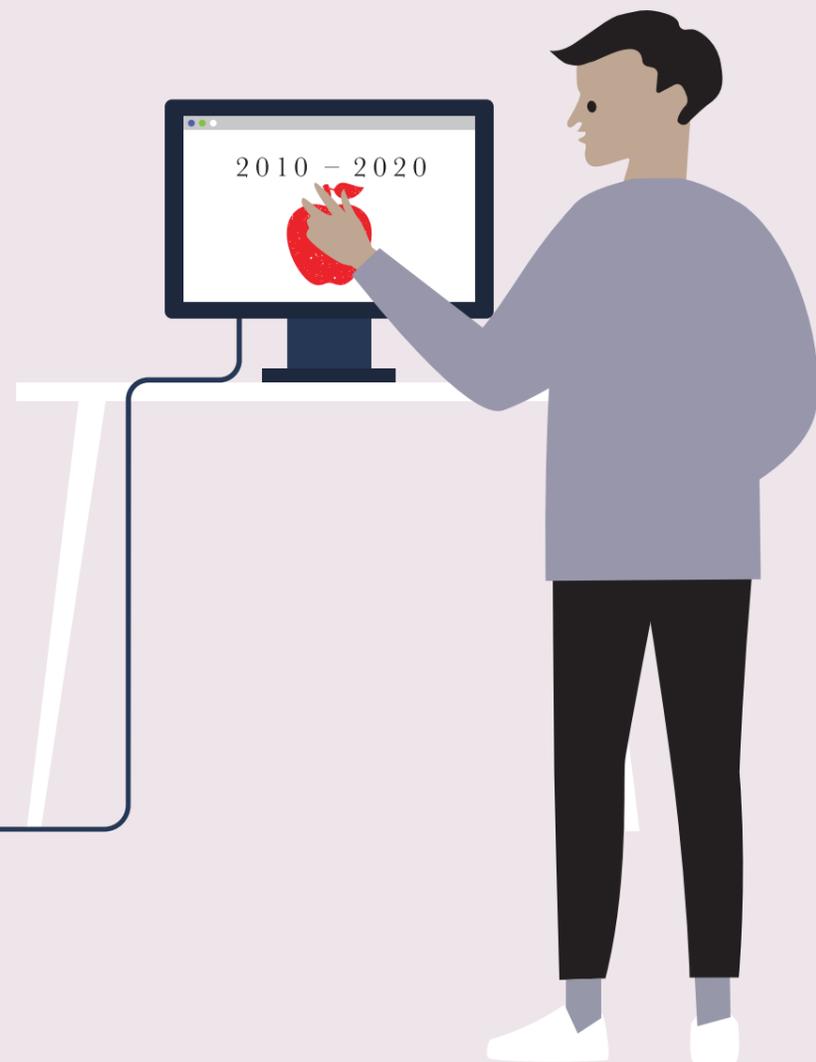
25 PÉRIODES PRÉSIDENTIELLES
DE 1970 À 2020



2018 – 2020 *Benno Ambrosini*
2016 – 2018 *Olivier Kern*
2014 – 2016 *Martin Wagner*
2012 – 2014 *Stephan Wyss*
2010 – 2012 *Olivier Vaccaro*
2008 – 2010 *Stephan Gerber*
2006 – 2008 *Urs Bracher*
2004 – 2006 *Jürg Walter*
2002 – 2004 *Konrad Niklewicz*
2000 – 2002 *Helga Koppenburg*
1998 – 2000 *Hans Zimmerli*
1996 – 1998 *Heinrich Trachsler*
1994 – 1996 *Daniel Chable*
1992 – 1994 *Olivier Deprez*
1990 – 1992 *Ulrich Wehrli*
1988 – 1990 *Pierre Christe*
1986 – 1988 *Peter Möschler*
1984 – 1986 *Ernest Kuhn*
1982 – 1984 *Eric Deprez*
1980 – 1982 *Bernhard Romer*
1978 – 1980 *Theo Schätzle*
1976 – 1978 *Colette Abel*
1974 – 1976 *Pierre Vaucher*
1972 – 1974 *Roland Riethmann*
1970 – 1972 *Eric Deprez*

BENNO AMBROSINI

2018 BIS 2020



Gerne berichte ich über die wichtigsten Geschäfte der SKPE während meines Präsidiums vom April 2018 bis April 2020.

Die Präsidialjahre waren von der Ausarbeitung, Bereinigung und Genehmigung vom grossem Mehr der neuen Fassung der FRP 4 an der Generalversammlung vom Jahr 2019 geprägt. Die neue FRP 4 ist dem grossen und unermüdlichen Einsatz der Arbeitsgruppe Fachrichtlinien und des Vorstandes zu verdanken. Am 20. Juni 2019 hat die Oberaufsicht berufliche Vorsorge (OAK BV) die neue FRP 4 zum Mindeststandard erhoben, was den früheren Fassungen verwehrt blieb.

Der Trägerverein EBV hat im Jahr 2018 die Vorbereitungsarbeiten zur neuen Erstausbildung der Expertin/des Experten für berufliche Vorsorge abgeschlossen. Im Jahr 2019 wurden die ersten drei Module durchgeführt. In den folgenden Jahren werden sukzessive die weiteren Ausbildungsmodule eingeführt. Mit der Bildung des Trägervereins EBV durch die SKPE und SAV sowie die Durchführung der neuen Ausbildungsmodule wurde die Ausbildung zur Expertin / zum Experten für berufliche Vorsorge mit eidgenössischem Diplom grundlegend überarbeitet und den neuen Anforderungen des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI angepasst.

Die OAK BV hat mit Wirkung ab 1. Juli 2018 die Weisungen über die Zulassung von Expertinnen und Experten für berufliche Vorsorge angepasst. Neu enthalten die Weisungen Bestimmungen über die Offenlegung in der Jahresrechnung und die Unterschriftenregelung.

Der Vorstand SKPE hat sich im Rahmen des Projekts der OAK BV dafür eingesetzt, die Weisung «Risikoverteilung und Governance in Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen» auszuarbeiten. Die Weisung wird voraussichtlich im Jahr 2020 in Kraft gesetzt.

Nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 am 24. September 2017 sind bekanntlich die Probleme der ersten und zweiten Säule geblieben. Die Jahre 2018 bis 2020 sind durch den Versuch geprägt, neue Reformprojekte auf die Beine zu stellen. Die SKPE hat in verschiedenen Stellungnahmen auf den dringenden Reformbedarf der zweiten Säule hingewiesen. Der Bundesrat hat am 13. Dezember 2019 die Vernehmlassung zur BVG-Reform eröffnet. Er übernimmt dabei den Kompromissvorschlag der Sozialpartner. Die SKPE nahm dazu bis Ende März 2020 Stellung.

DANK

Ich bedanke mich bei allen, die sich in diesen zwei Jahren für die SKPE eingesetzt haben. Insbesondere danke ich meinen Vorstandskollegen Olivier Kern, Ursula May und Emmanuel Vauclair sowie unserem Sekretär, Urs Bracher, für die grosse Unterstützung.

OLIVIER KERN

2016 À 2018

La période de présidence 2016-2018 a été une période très riche en modifications ou en projets de modifications légales. Pour la première fois depuis 2006, aucune nouvelle DTA n'a été introduite, même s'il y a eu un nouveau projet et bien sûr la réouverture de la boîte de Pandore qu'est la DTA 4 !

DTA 4

La révision de la DTA 4, dans le but que la CHS PP puisse la rendre de force obligatoire, a occupé une partie très importante de la période 2016-2018. Malgré de nombreux projets et contre-projets, deux Assemblées générales extraordinaires (le 9 novembre 2016 et le 24 novembre 2017) et une table ronde le 16 mars 2018, le premier projet de nouvelle DTA 4 n'a pas abouti. L'AG du 24 novembre 2017 a toutefois clairement indiqué la voie à suivre pour obtenir à l'avenir une majorité. Il faudra finalement attendre l'Assemblée générale ordinaire du 25 avril 2019 pour voir l'accomplissement de cette révision de longue haleine.

DTA 5

La DTA 5 a été révisée pour la seconde fois de son existence par l'Assemblée générale ordinaire le 21 avril 2016 et rendue de force obligatoire par la CHS PP le 23 septembre de la même année. Cette DTA règle le contenu minimal d'une expertise actuarielle. Quatre ans après, force est de constater qu'il y a eu de nettes améliorations dans la qualité des expertises, mais que quelques lacunes subsistent malheureusement encore parfois aux yeux des autorités de surveillance (cf. courrier du 28 janvier 2020 de la CSEP à ses membres).

DTA SUR L'OBJECTIF DE LA RÉSERVE DE FLUCTUATION DE VALEURS (RFV)

Un projet de nouvelle DTA sur l'objectif de RFV a été élaboré par le groupe Risikomonitoring en 2017-2018. Ce projet a entretemps été reçu par le groupe de travail DTA et est à l'heure actuelle toujours en cours.

PRÉVOYANCE 2020 (PV 2020)

L'année 2017 a été marquée par la réforme PV 2020, qui a été rejetée en votation populaire le 24 septembre 2017. Les politiciens de l'époque nous avaient promis, en cas d'échec de cette réforme, une

nouvelle solution rapide. Aujourd'hui, leurs successeurs nous annoncent qu'une entrée en vigueur d'un nouveau projet au 1er janvier 2024 paraît ambitieuse. Patience donc, mais que d'années de perdues !

NOUVELLE FORMATION DES EXPERTS (EBV)

L'ASA et la CSEP ont créé le 2 décembre 2015 une nouvelle association EBV pour la future organisation des nouveaux examens d'experts fédéraux. Dès 2016, celle-ci a organisé de nombreux Workshops afin de définir les objectifs à atteindre, formuler le nouveau guide ainsi que le nouveau règlement des examens qui est entré en vigueur le 1er juillet 2018 et finalement mettre en place cette nouvelle formation qui a débuté en 2019. Il est important de noter qu'à partir du 1er janvier 2018, les candidats ont la possibilité de demander des subsides pour cette formation au SBFI.

CROISSANCE DE LA CSEP

En 2016, le nombre de membres de la CSEP dépasse pour la première fois 200. Grâce à la modification des statuts en 2014, désormais tous les experts porteurs du titre peuvent devenir membres s'ils le souhaitent (plus d'obligation d'être dans le domaine du conseil).

PRISES DE POSITION

Les années 2016-2018 ont été marquées par de nombreux projets qui ont nécessité des prises de positions de la CSEP. Il s'agit entre autres de l'interpellation Parmelin (extension de l'art. 52e LPP « Tâches de l'expert en matière de prévoyance professionnelle »), de la modification du CC (droit des successions et LPP), de la modification des PC, de la modification de l'AI, de la modification de l'OAA, de la modification de l'OPP 2 (plans 1e), du projet de modification de l'OPP 2 lié à PV 2020, du projet de modernisation de la surveillance du 1er pilier et d'optimisation du 2ème pilier, de l'ordonnance sur l'aide au recouvrement des créances d'entretien du droit de la famille (OAIr), de l'audition relative au projet de révision des directives « D – 01/2012 Agrément des experts en prévoyance professionnelle » de la CHS PP, ...

INFORMATION ET COMMUNICATION

AVEC LES MEMBRES

L'information et la communication avec les membres ont été améliorées pendant la période 2016-2018. D'une part, il y eu de nombreuses publications sur notre page internet (qui a d'ailleurs également subi un lifting durant cette période) et de nombreux courriels informatifs envoyés aux membres par notre secrétariat.

D'autre part, un membre du comité (en principe le président) a participé aux journées de formation continue de la CSEP en donnant à chaque fois un court exposé informatif des activités du Comité et de la CSEP. Ces bonnes pratiques se poursuivent aujourd'hui encore.

RÉVISION DES STATUTS

Les statuts ont été modifiés par l'Assemblée générale le 26 avril 2018 afin de prendre en compte d'une part le nouveau titre d'expert et la nouvelle formation EBV et, d'autre part, la révision conjointe avec l'ASA du règlement du Conseil professionnel.

RÉVISION DU RÈGLEMENT DU CONSEIL PROFESSIONNEL

Le nouveau règlement du Conseil professionnel a été accepté par l'Assemblée générale le 26 avril 2018. Désormais, les procédures éventuelles sont purement internes à la CSEP et séparées entre l'ASA et la CSEP.

MARTIN WAGNER

2014 BIS 2016

Zu meinem Wirken im Vorstand der SKPE in den Jahren 2014 bis 2016 habe ich mir folgende Gedanken gemacht:

PKST® DER PENSIONSKASSEN-SOLVENZ-TEST (2012)

Der Solvenztest PKST® stellt eine zusätzliche Betrachtungsperspektive mit ergänzenden Informationen dar, er gibt Antwort auf die Frage, ob die Vorsorgeeinrichtung mit genügender Sicherheit in den kommenden zwölf Monaten zu «marktnahen» Konditionen liquidiert werden kann. Somit besteht eine klare Trennung zwischen technischer Bewertung (langfristig) und Solvenzbewertung. Der von der Kammer entwickelte Solvenztest PKST® ist mathematisch befriedigend, skalierbar (mit frei wählbarem Sicherheitsniveau), basiert auf stochastischen Modellen und kann dennoch mit moderatem Aufwand abgebildet werden und ist somit «expertentauglich».

TRÄGERVEREIN «AUSBILDUNG EXPERTE BERUFLICHE VORSORGE» (EBV) (2016)

Das Startbudget für den neuen Verein beträgt CHF 40'000, die je zur Hälfte von SKPE und SAV getragen (vgl. Rechnung 2015) werden. Nach der erfolgten Vereinsgründung wird das Prüfungsreglement umfassend nach den Vorgaben des SBFI überarbeitet. Der SAV hat zu Lasten der SAV-Rechnung zusätzliche CHF 85'000 für die Überarbeitung des Prüfungsreglements an den neuen Trägerverein überwiesen und wird zukünftig im Notfall eine Defizitgarantie für die Ausbildung mittragen.

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hatte eine Revision des Prüfungsreglements zum Eidg. dipl. Pensionsversicherungsexperten verlangt. Diese Arbeiten wurden mittlerweile erfolgreich abgeschlossen.

FACHRICHTLINIEN

Die FRP 1 «Deckungsgrad», FRP 2 «Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» und FRP 6 «Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen» wurden durch die OAK BV für allgemeinverbindlich erklärt (2014). Dies ist eine grosse Anerkennung der durch die SKPE geleisteten Arbeit. Weiter wurde die FRP 5 «Mindestanforderungen Prüfung» um einen Anhang «Werkzeugkasten» erweitert (2016) und die FRP 2a «Bewertung variable Renten» verabschiedet (2015). Zur FRP 4 wurde eine Konsultativabstimmung durchgeführt.

ALTERSVORSORGE 2020 (2015)

Die SKPE hat im Februar 2015 in der SGK-SR zum Thema «Altersvorsorge 2020» referiert (Olivier Kern, Benno Ambrosini). Weiter hat die SKPE eine Vernehmlassungsantwort zur Altersvorsorge 2020 abgegeben.

WEITERENTWICKLUNG IV (2016)

Die SKPE hat eine Vernehmlassungsantwort zur Weiterentwicklung der Invalidenversicherung (IV) abgegeben, speziell zum Thema der stufenlosen Rente.

STEPHAN WYSS

2012 BIS 2014

DER ANFANG

Bevor ich auf die wichtigen Themen meines Präsidiums komme, möchte ich zurück an den Anfang blenden. Vor der Finanzkrise im Jahr 2007 hat mich Urs Bracher zu einem Mittagessen eingeladen und mich gefragt, ob ich mir acht Jahre Vorstand in der SKPE vorstellen könnte. Selbstverständlich fühlte ich mich sehr geehrt und sagte gerne zu. Urs Bracher war dann später während meines Präsidiums sogar mein Sekretär, worüber ich sehr froh war. Bei meiner Vorstellung vor der Generalversammlung, also der versammelten Konkurrenz, war ich sehr nervös im Wissen, dass es früher zwar selten, aber doch manchmal vorkam, dass man der GV nicht passte. Aber alles lief gut, und ich wurde ab 2008 neues und motiviertes Vorstandmitglied. Aus der Tatsache, dass ich während rund eines Jahres Privatlektionen in Französisch genoss, dürfen Sie, chers collègues, durchaus schliessen, dass ich das Präsidium seriös nahm.

DIE PRÄSIDENTIALZEIT

Ich war sehr froh, dass ich vier Jahre von erfahrenen Kollegen lernen durfte, wie das Präsidentenamt zu führen ist. Wie jeder neue Präsident wollte ich einiges belassen und anderes anpassen. Dazu gehörte neben einem neuen Logo auch die Möglichkeit, dass die SKPE auch nicht praktizierende Experten für berufliche Vorsorge aufnehmen kann. Die entsprechende Anpassung der Statuten führte dann auch während meiner Präsidialzeit zu 24 Neueintritten und der sprunghaften Annäherung an die Marke von 200 Mitgliedern. Bei meinem Eintritt strebte ich auch einen Namenswechsel an, weil der Ausdruck «Kammer» doch eher obskur tönt. Diesen Gedanken habe ich dann aber schnell wieder beerdigt, und heute bin ich sogar stolz, in einer Kammer zu sein.

Was war noch bedeutend in den Kammerjahren 2012 und 2013? Inhaltlich konnten wir erfolgreich abwenden, dass wir Experten für berufliche Vorsorge alle fünf Jahre neu zugelassen werden müssen! Pedantisch achtete ich darauf, dass die SKPE stets der liberalen Haltung verpflichtet war. Beispielsweise setzten wir uns erfolgreich dafür ein,

dass im Rahmen der Anhörung zum Bericht zur Zukunft der zweiten Säule das obligatorische Altersguthaben nicht vollständig in Kapitalform bezogen werden kann. Eine minimale Vorsorge kann nur in Rentenform gewährleistet werden. Im Anschluss an einen Kapitalbezug können nämlich dieselben Personen später Ergänzungs- oder gar Sozialleistungen beziehen und so dem Steuerzahler zur Last fallen.

Des Weiteren verabschiedeten wir mit Augenmass eine neue Unabhängigkeitsrichtlinie, die aufgrund des neuen Art. 40 BVV 2 notwendig wurde. Trotzdem begann dann das Jahr 2013 mit einem behördlichen Schock. Leider hat nämlich unsere überarbeitete Unabhängigkeitsrichtlinie der OAK nicht genügt. Der Entwurf zur Unabhängigkeitsweisung der OAK sah für uns Experten in Bezug auf die Beratung von Vorsorgeeinrichtungen fast ein Berufsverbot vor. Wir mussten uns nicht nur einsetzen, sondern tatsächlich alle Register ziehen, um Schlimmes zu verhindern. Das Kunststück gelang, und wir konnten die OAK davon überzeugen, dass wir Experten auch künftig nicht nur prüfen, sondern auch beraten dürfen.

Was haben wir weiter erreicht? Folgende Fachrichtlinien wurden so revidiert, dass die OAK diese zum Mindeststandard erheben konnte: FRP 1 «Deckungsgradberechnung», FRP 2 «Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» und FRP 6 «Unterdeckung und Sanierungsmassnahmen». Ebenfalls wurde FRP 7 «Prüfung von Sammelstiftungen» verabschiedet. Ebenfalls gelang uns eine Annäherung an unsere grosse Schwester, die Schweizerische Aktuarvereinigung, indem wir neue Standesregeln einführten.

Lassen Sie mich diesen Beitrag mit einem hoffentlich von uns allen noch heute unterstützten Zitat unserer Vorfahren aus dem Jahr 1972 beschliessen: «Wir müssen achten, dass das zu erwartende PK-Gesetz zwar strenge Vorschriften bezüglich Umfang der minimalen Leistungen enthält, aber andererseits weitgehende Freiheit in der Gestaltung der einzelnen Kassen offen lässt.»

OLIVIER VACCARO

2010 À 2012

Belle initiative du Comité de la CSEP que de donner à ses anciens Présidents l'opportunité de remémorer leur période d'activité à l'occasion des 50 ans de la CSEP ! La compilation de ces différents témoignages dans un document contribuera très certainement à la mémoire de l'évolution du 2ème pilier.

2010-2011, il y a 10 ans déjà, aura été « ma période » au cours de laquelle, bien heureusement, j'ai pu compter sur le soutien sans faille du Comité en place à l'époque, de son Secrétaire et de l'activité, souvent ingrate, des différents groupes de travail. Sans compter les séances avec la conférence des autorités de surveillance, l'OFAS et autres milieux intéressés, pas moins de 24 séances du Comité ont eu lieu au cours de cette période et 4 Assemblées Générales (ordinaire ou extraordinaire) ont été tenues. Au cours de ces années de présidence, l'activité du Comité s'est inscrite dans la continuité de celle de ses prédécesseurs, à savoir l'élaboration de nouvelles directives et l'amélioration de la gouvernance de notre profession. Cette direction, régulant de plus en plus notre activité et profession, est une évolution, pour certain un mal, nécessaire pour lui conserver une crédibilité et une meilleure intégration au sein des différents mécanismes et acteurs qui encadrent la prévoyance professionnelle. Les principaux sujets ont ainsi été l'adoption des DTA 4 et DTA 5, la mise en place du PKST et l'actualisation de documents tels que le règlement du Conseil professionnel ou encore de nos Statuts.

Mon mandat a débuté au lendemain de la votation du 7 mars 2010 et du refus par le souverain de la baisse du taux de conversion LPP de 6.8% à 6.4%. La CSEP s'était prononcée pour des raisons techniques en faveur de cette diminution. Ce refus a permis à l'époque aux différents acteurs de la prévoyance professionnelle de comprendre que la légitimité politique a plus d'importance que la légitimité technique et qu'une telle réforme ne pourrait avoir lieu sans prendre en compte, ni écouter, les préoccupations du peuple et un grand besoin d'une meilleure communication.

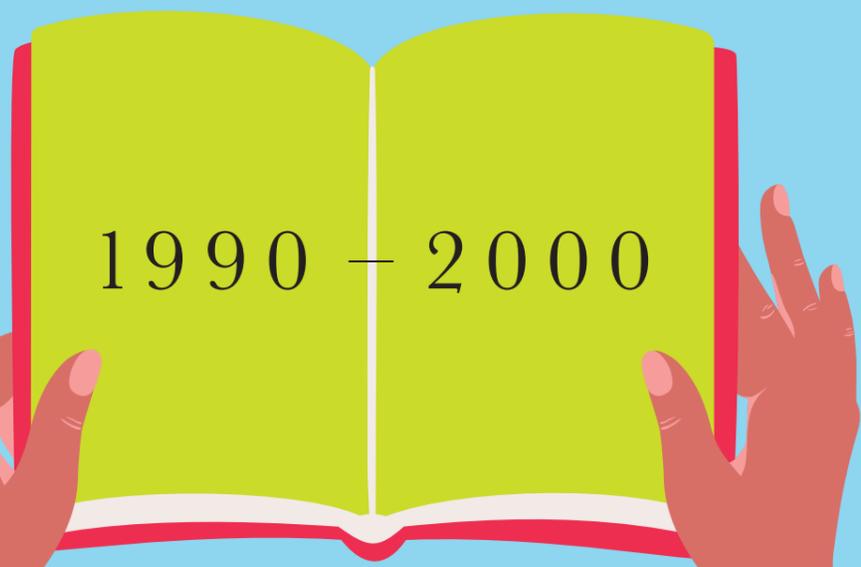
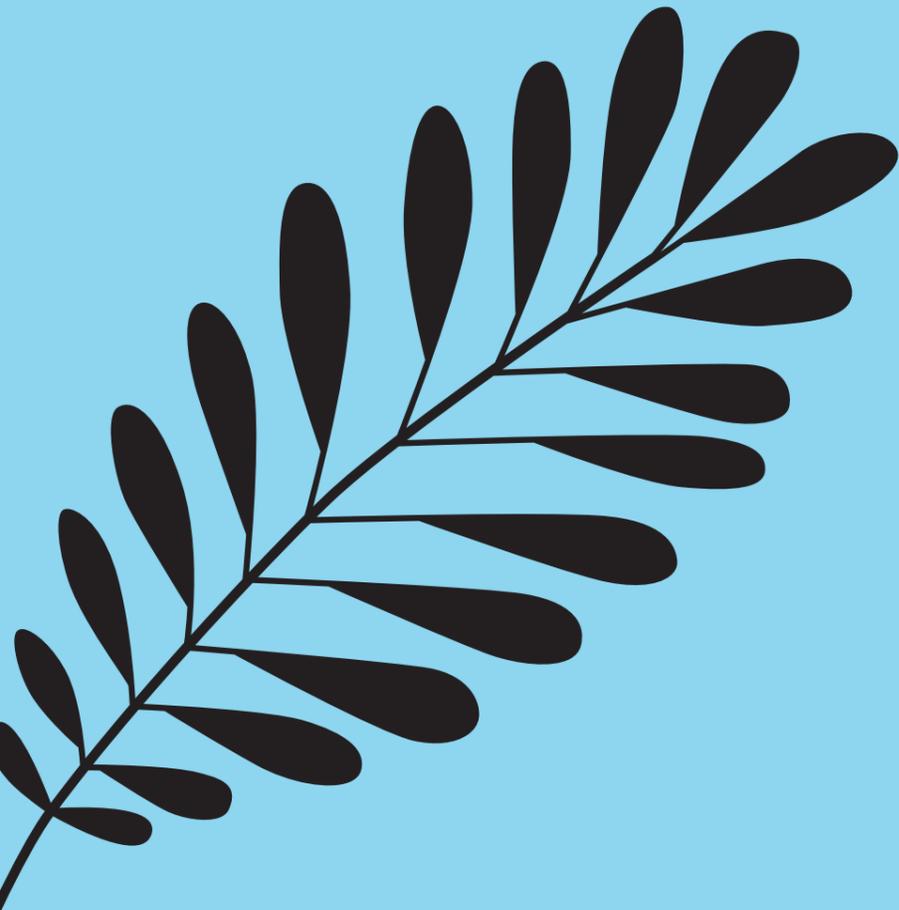
Force est de constater que les débats autour du taux d'intérêt technique étaient très similaires il y a 10 ans à ceux qui ont pimentés la vie de la CSEP ces dernières années. Deux « écoles », à savoir celle

qui consiste à dériver le taux d'intérêt technique à partir du rendement de la fortune et celle qui se base sur le rendement des obligations à faible risque continuent de prévaloir. Tant la première DTA 4, que sa nouvelle petite sœur, ne sont que le résultat d'un compromis. Au-delà de leur justification scientifique, leur plus-value est de fixer un cadre à la recommandation de l'expert qui, de mon point de vue, ne doit pas entraver sa liberté d'appréciation professionnelle.

L'élaboration et la finalisation de la première DTA 5, qui décrit les exigences minimales données à l'expert lors de son examen selon l'art. 52e al. 1 LPP, s'inscrit dans le contexte de l'époque (régulation / tentative d'uniformisation / ...). Elle a été l'une des premières tentatives pour répondre aux attentes de plus en plus pressantes des milieux intéressés tout en professionnalisant un peu plus encore notre activité.

La révision des statuts, de nos normes de conduite, du règlement du Conseil professionnel ainsi que la mise en place du système des Credit Points ont été autant d'activités s'inscrivant dans la modernisation des structures et des modes de fonctionnement de la CSEP.

Avoir été membre du Comité de la CSEP, avoir eu l'honneur de présider la CSEP, ont été des expériences très enrichissantes. Ces fonctions nécessitent de savoir écouter, de comprendre les enjeux des différents acteurs de la prévoyance professionnelle sans pour autant oublier la défense des intérêts de notre profession. Il s'agit souvent d'un exercice d'équilibriste où il n'est pas toujours possible de satisfaire l'ensemble des membres de la CSEP. Pour être honnête, je me rappelle avoir ressenti un sentiment de soulagement à la fin de mon mandat de présidence : la fonction est très intéressante, passionnante même, mais la représentation des membres de la CSEP et de notre profession comporte pour les miliciens que nous sommes un investissement et des responsabilités importantes qui ne peuvent être assumées que pendant une durée limitée. Dix ans après, cette expérience demeure un excellent souvenir et j'encourage mes plus jeunes pairs à s'engager pour la défense des intérêts de notre profession.



STEPHAN GERBER

2008 BIS 2010

FACHRICHTLINIEN, STRUKTUREFORM, UMWANDLUNGSSATZ

Meine Vorstandszeit 2004 bis 2012 war vor allem geprägt durch die Einführung des Fachrichtlinienkonzepts und damit durch die Erarbeitung verschiedener Fachrichtlinien. Das Ausarbeiten von Fachrichtlinien wurde insbesondere auch im Hinblick auf die angesagte Strukturreform notwendig, da die bisherigen Regelungen für Pensionskassenexperten in der Form der «Grundsätze und Richtlinien für Pensionsversicherungsexperten» aus dem Jahre 2000 als nicht ausreichend und zu offen angesehen wurden. So hat es der Vorstand als absolut notwendig erachtet, die Aufgaben und Tätigkeiten des Pensionskassen-Experten, wo notwendig, präzise und für die Kammermitglieder verbindlich zu umschreiben, um zu verhindern, dass dies von aussenstehenden Stellen allenfalls erfolgen sollte. So ist einem frühen Entscheid der Expertenkommission Strukturreform zu entnehmen: «Für die Kammer am relevantesten war der Entscheid der Arbeitsgruppe, für die technischen Aspekte auf selbstregulierende Mechanismen zu setzen». Damit erhalten die Fachrichtlinien der Kammer – nach Absegnung durch die Aufsichtsbehörde – einen «gesetzgebenden Charakter». Während die ersten drei Fachrichtlinien relativ unbestritten waren, traf dies bei der FRP 4 zum technischen Zinssatz in keiner Weise zu, wie auch dem Jahresbericht 2008 zu entnehmen ist: «Die anfangs Jahr in die Vernehmlassung bei den Mitgliedern gesandte Fachrichtlinie 4 hat zu recht kontroversen Stellungnahmen geführt, was den Vorstand bewogen hat, diese Fachrichtlinie und einige grundsätzliche Fragen zum Erlass von Fachrichtlinien in einer ausserordentlichen Generalversammlung im Herbst 2008 behandeln zu lassen. Die ausserordentliche Generalversammlung hat gezeigt, dass der Erlass von Fachrichtlinien begrüsst und auch als notwendig erachtet wird, aber der Handlungsspielraum des Experten nicht allzu stark eingeschränkt werden darf.» Leider konnte die Fachrichtlinie FRP 4 trotz zweier Round-Table-Gespräche auch an der Generalversammlung 2010 noch nicht verabschiedet werden.

UMWANDLUNGSSATZ

Der Kammervorstand musste sich schon frühzeitig mit der Referendumsabstimmung vom 7. März 2010 zum BVG-Umwandlungssatz auseinandersetzen (Senkung von 6.8% auf 6.4%). Auch wenn der eigentliche Abstimmungskampf erst Ende 2009, anfangs 2010 stattfand, hat der Kammervorstand bereits anfangs 2009 eine Presseinformation herausgegeben, worin vier wichtige Gründe für eine Senkung des Umwandlungssatzes ins Feld geführt waren:

- Lebenserwartung steigt weiterhin
- Renditeerwartungen sind gesunken
- Rentner sind keine Risikoträger
- Die Folgen eines zu hohen Umwandlungssatzes tragen die Erwerbstätigen

Leider war der Abstimmung kein Erfolg beschieden, wobei festzuhalten ist, dass der damals angestrebte Umwandlungssatz auch bei positivem Abstimmungsergebnis längst wieder viel zu hoch wäre.

UNTERDECKUNG, INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNGSSTANDARDS

Ein grosser Teil der Vorsorgeeinrichtungen stand Ende 2008 einer Unterdeckung gegenüber, und die Aussicht auf rasche Erholung, wie noch bei der Dotcom-Krise anfangs 2000, schien nicht gegeben. Die Vorsorgeeinrichtungen waren gefordert und nicht wenige sahen sich gezwungen, Sanierungsmassnahmen umzusetzen. Als weitaus häufigste und griffigste Massnahmen gelangten die Minder- bzw. Nullverzinsung, das Belegen von Arbeitgeberbeitragsreserven mit einem Verwendungsverzicht und das Erheben von Sanierungsbeiträgen zur Anwendung.

Die immer mehr in den Fokus rückenden aktuariellen Auswertungen nach internationalen Rechnungslegungsstandards führten zur Einführung einer entsprechenden Arbeitsgruppe, damit unsere Mitglieder diesbezüglich besser unterstützt werden konnten.

URS BRACHER

2006 BIS 2008

Während meiner Vorstandstätigkeit durfte ich die SKPE in der Expertenkommission Brühwiler und in der Expertenkommission Schmutz zum Thema «Strukturreform in der beruflichen Vorsorge» vertreten. Die Präsidentschaft 2006 bis 2008 war intensiv, die Kollegen Stephan Gerber, Olivier Vaccaro und Jürg Walter sowie der Sekretär Dominique Koch haben mich jedoch tatkräftig unterstützt.

GV 2006 BIS GV 2007

Der Vorstand war davon überzeugt, dass nur mit einem proaktiven Handeln vermieden werden konnte, dass die Regulierung der Experten-Tätigkeiten nicht fremdbestimmt wurde. Nachdem die Kammer im Sommer 2006 die Fachrichtlinien FRP 1 und FRP 2 in Kraft gesetzt hatte, wurde unverzüglich die Arbeit an den Fachrichtlinien FRP 3 (Teilliquidation) und FRP 4 (finanzielles Gleichgewicht und Wertschwankungsreserve) aufgenommen. Die Existenz der neuen Fachrichtlinien musste in der Vorsorgewelt bekannt gemacht werden. Dies konnte ich durch Publikationen in der VPS Zeitschrift und in einer AWP Sonderausgabe initialisieren.

Der Vernehmlassungsbericht «Reduktion des Mindestumwandlungssatzes» und die Teilnahme am dazugehörigen Ständerats-Hearing erzeugt im Nachhinein eine gewisse Heiterkeit, denn 15 Jahre später sind wir mit diesem Thema immer noch nicht substantiell weiter gekommen.

Unser Vorstandsmitglied Stephan Gerber vertrat die SKPE in der Expertenkommission «Finanzielles Gleichgewicht öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen». Unsere Stellungnahme half, den Sachverhalt «Nullver-

zinsung bei umhüllenden Vorsorgeeinrichtungen nach dem Anrechnungsprinzip» zu klären.

Das Beharren gegenüber der Treuhandkammer auf Verbesserung der Zusammenarbeit mit uns Experten und insbesondere auf die Abgrenzung der Aufgaben von Experte und Revisor, war auch in meiner Präsidentschaft ein Dauerthema.

Die Diskussion um den die Strukturreform betreffenden Bericht wurde sehr kurz geführt und der Bundesrat hat diesen am 5. Juli 2006 praktisch ohne Änderungen in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage sieht verschiedene Massnahmen zur Verstärkung der Aufsicht und der Governance in der beruflichen Vorsorge vor. Die Direktaufsicht über die Vorsorgeeinrichtungen soll regionalisiert, die Oberaufsicht hingegen neu einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission übertragen werden.

GV 2007 BIS GV 2008

Im Sommer 2007 wurden die USA von der Sub-Prime-Krise erfasst, die im zweiten Halbjahr für heftige Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten sorgte. Trotz dieser Unsicherheiten und den starken Korrekturen an den Aktienmärkten erzielten die meisten Pensionskassen noch knapp positive Renditen. «Es sind nicht die schwachen Resultate des vergangenen Jahres, sondern die Renditeprognosen für die Zukunft, die mich nachdenklich stimmen. Wie wollen wir technische Zinsfüsse von 4% oder Rentenumwandlungssätze von 6.8% finanzieren, wenn ausgewiesene Finanzfachleute und Ökonomen uns langfristig Obligationenrenditen von 3.0% p.a. und Aktienrenditen von maximal 7.5% p. a. prognostizieren?»

Diese Worte aus dem Jahresbericht 2007 zeigen, was damals unsere Hauptsorge war.

Die Weiterbildungskommission war nun in der Lage, den Experten alljährlich ein Weiterbildungsangebot von zwei Tagesschulungen anzubieten.

Anfangs 2008 wurde die FRP 4 zum Thema «Sicherheit der Vorsorgeeinrichtung gemäss Art. 53 Abs. 2 lit a BVG» in die Vernehmlassung bei den Kammermitgliedern und interessierten Fachverbänden gesandt.

Vonseiten der Kammermitglieder kamen viele negative Stellungnahmen. Die Kritik erfolgte oft pauschal und zielte gegen die Einführung von weiteren Fachrichtlinien. Viele Experten hatten Mühe einzusehen, dass die bisherige Expertentätigkeit mit schier endlosem Freiheitsgrad vorbei sein sollte. Da das vorliegende Ergebnis gemäss der Vernehmlassung nicht befriedigen konnte, verzichtete der Vorstand darauf, die FRP 4 in Kraft zu setzen. Stattdessen planten wir den Sinn und Zweck der Fachrichtlinien anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung den Mitgliedern erneut zu verdeutlichen.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe «Solvenztest» unter der Leitung von Raymond Schmutz wurde geklärt, wie weit Solvenztests für Pensionskassen notwendig sind. Die Entwicklung bei den Pensionsfonds innerhalb Europas wurden darin explizit miteinbezogen.

JÜRIG WALTER

2004 BIS 2006

Die Präsidentszeit 2004 bis 2006 war von wichtigen fachlichen und von zukunftsgerichteten strukturellen Themen für die SKPE geprägt.

TECHNISCHER ZINSSATZ

Die ungünstige Entwicklung der vergangenen Jahre an den Kapitalmärkten mit einem tendenziell sinkenden Zinsniveau, auch wenn dieses im Vergleich zu heute auf einem ansehnlichen Niveau von 2.0% bis 3.0% lag, und die Diskussionen um den BVG-Mindestumwandlungssatz hatten den technischen Zinssatz verstärkt in den Vordergrund gerückt. Im Jahr 2003 wurde zudem der BVG-Mindestzinssatz erstmals unter den ursprünglichen Wert von 4.0% gesenkt. Der Vorstand beschloss deshalb, eine fachliche Stellungnahme zum technischen Zinssatz auszuarbeiten. Nach der Kammerinternen Vernehmlassung konnte das entsprechende Positionspapier im Januar 2005 veröffentlicht werden. Die Schlussfolgerung war die aus heutiger Sicht selbstverständliche Feststellung, dass eine Reduktion des damals verbreiteten technischen Zinssatzes von 4.0% anzustreben war.

1. BVG-REVISION

Die SKPE hatte in den Jahren 2004 bis 2006 aktiv an den Vernehmlassungen zu den Verordnungen im Rahmen des zweiten und dritten Pakets der 1. BVG-Revision mitgewirkt. Das dritte Paket wurde auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt und brachte wichtige Anpassungen im BVG, welche die Tätigkeiten des Experten für berufliche Vorsorge noch heute betreffen. Als Stichworte können etwa die Angemessenheit von Vorsorgeplänen, die Wahlmöglichkeiten zwischen Vorsorgeplänen und die Wahl der Anlagestrategien erwähnt werden.

PROFESSIONALISIERUNG DER SKPE

In den Jahren um 2000 war ein deutlich erhöhtes und zunehmendes Interesse der Öffentlichkeit und der Medien an der beruflichen Vorsorge festzustellen. Die SKPE

wollte in diesem Umfeld noch verstärkter in Erscheinung treten und als professionelle Fachinstanz wahrgenommen werden. Als wichtiger Schritt dazu konnte der Vorstand ab Frühling 2004 erstmals auf die Unterstützung eines Sekretärs in der Person von Dominique Koch zählen. In der damals geführten Diskussion um die Struktur und die Selbstregulierung in der beruflichen Vorsorge ging es auch um die Anerkennung, die Aufgaben und die Bedeutung der Pensionskassen-Experten. Daraus waren erhöhte Anforderungen an die Fachkompetenz und die Unabhängigkeit des Pensionskassen-Experten festzustellen. Der Vorstand beschloss deshalb, die Thematik der Unabhängigkeit aktiv anzugehen und entsprechende Richtlinien auszuarbeiten, die auf den 1. Juli 2006 eingeführt wurden. In der Zwischenzeit wurden diese Richtlinien durch die mit der Strukturreform eingeführten Bestimmungen zur Unabhängigkeit in der BVV 2 abgelöst.

EINFÜHRUNG FACHRICHTLINIEN

Die erhöhten Anforderungen an die Pensionskassen-Experten und die deutlich sichtbaren Entwicklungen hin zur Normierung von Anwendungsvorschriften zeigten die Notwendigkeit für die Einführung von Fachrichtlinien für die Experten-Arbeiten. Dazu wurde im Jahr 2005 vorerst der Prozess für die Erarbeitung der Fachrichtlinien aufgestellt und anschliessend eine Arbeitsgruppe «Fachrichtlinien» eingesetzt. Diese bereitete die ersten beiden Fachrichtlinien FRP 1 «Deckungsgradberechnung gemäss Art. 44 BVV 2» und FRP 2 «Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen» vor, welche auf den 1. Juli 2006 eingeführt wurden. Die Basis für die Ausarbeitung der für die SKPE wichtigen Fachrichtlinien war damit gelegt.

KONRAD NIKLEWICZ

2002 À 2004

J'AI EU L'HONNEUR D'ÊTRE PRÉSIDENT DE LA CHAMBRE DE 2002 À 2004.

La LPP est entrée en vigueur en 1985. Nous sommes en 2020. Vu d'aujourd'hui on peut dire que les années 2002 – 2004 sont une charnière et correspondent, pour prendre un terme footballistique, à la mi-temps pour le II pilier. Effectivement, c'est bien le cas. Avant 2002 la stabilité était normale ; on a eu chaque année une augmentation linéaire des prestations. Après 2002 on a dû se rendre à l'évidence qu'une évolution différente des prestations est aussi possible. Un tel changement de paradigme n'est jamais facile à gérer.... En 2001, nous avons eu la première grande crise des marchés financiers depuis 1985 avec l'éclatement de la bulle internet. Cette crise a laissé des traces sur le deuxième pilier.

L'assainissement des caisses de pension de droit privé était un concept pratiquement inconnu avant 2002. Le taux d'intérêt technique de 4% et le taux de conversion de 7.2% semblaient être des évidences acquises pour toujours. Avec l'effondrement des bourses et l'évolution des marchés financiers, on a dû difficilement se rendre à l'évidence que ces « droits acquis » ne sont pas vraiment. Vu d'aujourd'hui, le taux d'intérêt minimal de 4% paraît presque surréaliste...mais il était bien ancré dans l'opinion publique.

Ces sujets ont dominé la période de ma présidence de la Chambre. Le Comité a participé activement aux consultations des modifications légales liées à l'assainissement des caisses de pensions.

L'abandon du taux d'intérêt de 4% a soulevé un tollé général. On a eu droit à des manifestations contre le vol des rentes (Rentenklaui) organisées par les « défenseurs » du II pilier et des droits populaires. En tant que président de la Chambre j'ai eu droit à des téléphones des journalistes du « Blick », en suisse allemand bien sûr... Vu ma maîtrise approximative de cet idiome, la qualité de mes réponses était sans doute du même niveau que les questions du journaliste !

A part ces turbulences liées à l'évolution des marchés financiers et des lois, nous nous sommes aussi penchés sur des questions d'organisation interne de notre Chambre.

La première modification a été anecdotique. Jusqu'en 2002, chaque participant à l'Assemblée générale payait son repas. Mme Clément passait avec la crousille pour encaisser le prix du repas et donner un reçu à ceux qui en avaient besoin. Nous avons décidé de payer le repas par la cotisation annuelle... ce n'était pas tout à fait, mais presque, un « free lunch » pour les membres...

La deuxième modification a été plus importante et visait la professionnalisation de l'organisation de la Chambre. La continuation du système de milice où le président élabore pratiquement seul toutes les prises de position et autres consultations de la Chambre a atteint ses limites. Ainsi, la création d'un secrétaire professionnel de la Chambre devenait une nécessité évidente. Mais il fallait le financer, ce qui nécessitait une augmentation astronomique de la cotisation annuelle des membres. On me disait qu'une telle proposition ne passera jamais. Finalement, l'assemblée générale l'a accepté sans aucun problème. Rétrospectivement, on peut dire que c'était un grand pas en avant pour la Chambre.

Avant 2002, l'assemblée générale se tenait dans le canton du président, donc 8 fois sur 10 à Bâle ou à Zurich. Mais nous avons pu visiter des endroits plus exotiques, tels que Bienna, Olten, Aarau ou encore Vevey...je crois qu'on a jamais eu un président du Tessin ou des Grisons. Dès 2002, l'assemblée générale se tient toujours à Berne, ce qui est quand même plus pratique pour la majorité des membres.

J'ai retrouvé dans mes dossiers que lors de la dernière assemblée générale que j'ai présidée, j'ai dit que je quittais cette fonction sans nostalgie et en souhaitant bonne chance pour la suite. Je ne peux que répéter ce propos !

HELGA KOPPENBURG

2000 BIS 2002

Die Präsidentschaftszeit 2000 bis 2002 scheint im Rückblick die letzte Zweijahres-Periode gewesen zu sein, in welcher die Kammer noch von einem Vorstand im Milizsystem geleitet werden konnte. Doch häuften sich bereits die Anzeichen für kompliziertere Gesetzesvorschriften, und – damit verbunden – entstand die Notwendigkeit, in den verschiedensten Arbeitsgruppen, politischen Gremien und Interessenverbänden fachliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Unsere Vorstandsmitglieder 2000 bis 2002 verbrachten folglich weit mehr Zeit als erwartet mit den sich ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit für die Kammer stellenden Aufgaben.

Während die ersten 15 Jahre seit Inkrafttreten des BVG relativ ruhig und stetig dahingeflossen waren, tauchten um die Jahrtausendwende zahlreiche neue Fragen auf, die uns Experten technisch herausforderten: Muss man den bis dahin fest zementierten Mindest-Zinssatz auf den BVG-Altersguthaben von 4% p. a. hinterfragen und veränderlich gestalten? Ist der Renten-Umwandlungssatz von 7,2% langfristig angemessen? Was beinhalten die in Ausarbeitung befindlichen Rechnungslegungsnormen IAS und FER für die Pensionskassen und wie stellen wir uns dazu? Braucht die Kammer einen eigenen Internet-Auftritt, um von Politik und Öffentlichkeit vermehrt wahrgenommen zu werden? Wie müssen wir uns organisieren, um mit anderen Institutionen, welche die Interessen der zweiten Säule vertreten, effizient zusammenarbeiten zu können?

Schwerpunkte unserer Amtsperiode waren unsere Stellungnahmen zur 1. BVG-Revision, für welche seinerzeit das Inkrafttreten im Jahr 2003 vorgesehen war. Wir wirkten mit in Arbeitsgruppen, welche sich u. a. mit den Rechnungslegungsnormen und mit der steuerlichen Behandlung der Einkaufssummen befassten, verstärkten unsere Zusammenarbeit mit SAV, ASIP, Vorsorgeforum, ABV sowie Aufsichtsbehörden.

Gleichzeitig realisierten wir, in Zusammenarbeit mit dem Vorsorgeforum, den Internet-Auftritt der Kammer. Ferner wurden die Grundsätze und Richtlinien für Experten neu überarbeitet und an einer ausserordentlichen Generalversammlung angenommen.

Die recht hektische Amtszeit führte denn auch ganz natürlich zu einer Neuorganisation der Vorstandstätigkeit: Dies geschah ab 2004 mit der Anstellung eines professionellen Sekretärs, finanziert durch eine Verdreifachung des vorherigen Mitgliederbeitrags.

Es waren intensive Jahre, in welchen wir uns neuen Herausforderungen stellen mussten, unser Beziehungsnetz ausdehnen und die Grundlagen schaffen konnten für eine weiterhin fruchtbare Tätigkeit der Kammer.

HANS ZIMMERLI

1998 BIS 2000

VORHER (1994)

Als Folge des krankheitsbedingten Rücktritts von Jean-Richard Hagedorn nach nur zwei Vorstandsjahren erhielt ich kurz vor der Generalversammlung 1994 die Anfrage, ob ich im Kammervorstand mitwirken wolle. Das freute, aber überraschte mich auch angesichts meiner noch sehr bescheidenen Erfahrungen als Experte mit nur wenigen Mandaten bei kleinen Kassen. Meine Vorstandskolleginnen und -kollegen halfen mir schnell über dieses Manko hinweg während meiner insgesamt acht Vorstandsjahre.

25. MÄRZ 1998 BIS 29. MÄRZ 2000: WAS GAB ES DAMALS HAUPTSÄCHLICH ZU TUN?

Ich sage es gleich zu Beginn: Meistens äusserten sich die Kammermitglieder positiv über die Vorstandsarbeit, aber nicht immer: An der Informationstagung vom 10. September 1998 über die neuen Rechnungslegungsmethoden (US-GAAP, FAS, IAS, FER) wurde Unmut laut über drohende Einschränkungen der Vorsorgeautonomie; der Vorstand solle sich nochmals an die massgebenden Instanzen wenden. Daraufhin habe ich unter Zeitdruck die laut gewordenen Bedenken zusammengefasst und sie dem Leiter der zuständigen Treuhand-Fachkommission unterbreitet. Das hat dem Vorstand den Vorwurf der Unprofessionalität eingetragen – ja, zu Recht. Immerhin waren wir damals nicht die einzigen, die sich aufbegehrend zu Wort meldeten. Die «Vernehmlassung zum Rechnungslegungsgesetz RRG» lief bis Ende April 1999; ein Resultat war Ende März 2000 noch nicht bekannt.

Für die anstehenden Aufgaben konnten wir immer wieder auf Arbeitsgruppen oder die Unterstützung einzelner Kammermitglieder zählen – und auf die zuverlässigen Sekretariatsdienste von Rose-Marie Clément in Basel.

Sehr wichtig war (und ist wohl) unsere Vertretung in der BVG-Kommission. Oft galt es, Stellungnahmen abzugeben, teilweise mit unzumutbar kurzen Fristen. Ein krasses Beispiel: Vom 18. März bis 13. April 1999 lief ein Vernehmlassungsverfahren über die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU. Wir erhielten 360 Seiten Unterlagen am 25. März und hatten genau 20 Tage Zeit. Martin Hubatka nahm sich der Sache an und stellte rechtzeitig eine Kammer-Stellungnahme auf. Andere Vernehmlassungen betrafen die Revisionen von VVG und VAG, die 11. AHV-Revision, die 1. BVG-Revision, das Fusionsgesetz FusG, die neue Struktur der Pensionskassenstatistik. Zu reden gaben Neuerungen im Scheidungsrecht, im Freizügigkeitsgesetz (FZG) sowie für Teilliquidationen, dann auch der Entwurf für das Bundesgesetz über das Stabilisierungsprogramm 1998 (das mehr Steuereinnahmen zum Ziel hatte – glücklicherweise wurden die meisten Nachteile für die zweite Säule noch rechtzeitig gestrichen).

Vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) kamen Demarchen für die Senkung des BVG-Renten-Umwandlungssatzes (damals noch 7.2 %) und des BVG-Mindestzinssatzes (von 4 % auf 3 %). Im Dezember 1999 wurden die technischen Grundlagen VZ2000 publiziert (und der Ersatz für EVK90 wurde auf Ende 2000 versprochen); BVG2000 war als neues Projekt im Aufbau.

Kammerintern befassten sich Arbeitsgruppen mit der Überarbeitung der «Grundsätze und Richtlinien» sowie mit der Honorarordnung.

HEINRICH TRACHSLER

1996 BIS 1998

Verfasst von Urs Bracher, Sekretär der SKPE

E-Mail, Internetauftritte und EDV generell waren in fortgeschrittener voller Blüte. Viele Kammermitglieder waren bereits an vorderster Front dabei (der von Schwarzmalern vorausgesagte totale Elektronik-Zusammenbruch per 1. Januar 2000 blieb aus). Und die Kammer? In meinem Jahresbericht an der Generalversammlung vom 29. März 2000 steht (aus heutiger Sicht eher peinlich): «Einen eigenen Internetauftritt hat unsere Kammer bis heute nicht, und der Vorstand ist heute der Ansicht, dass sie auch keinen braucht. Unsere komplette Aktivmitgliederliste ist heute bereits beim Vorsorgeforum abrufbar.» – worauf die anwesenden Mitglieder in einer Konsultativabstimmung mit 20 Ja- und drei Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen genau diesen Kammer-Internetauftritt forderten. Und so geschah es dann unter dem Präsidium meiner Nachfolgerin.

Danke für diese interessante Zeit. Seit meiner Pensionierung habe ich mich nicht mehr auf dem Laufenden gehalten. Die aktuelle Website der Kammer ist eindrücklich. Rückblickend finde ich die damaligen Probleme überschaubarer als die aktuellen.

Die Präsidialzeit 1996 bis 1998 war ein eher ruhiger Zeitabschnitt in der beruflichen Vorsorge. Den Pensionskassen ging es in Bezug auf die Vermögensanlagen blendend. So betrug der BVG-Index 93 im Jahre 1996 plus 11.2%, im Jahre 1997 plus 14.6% und im Jahre 1998 plus 9.1%. Was sollte bei solchen Performance-Zahlen den Pensionskassen Sorge bereiten?

SOLIDARITÄT IN DER BERUFLICHEN VORSORGE

An der Generalversammlung vom 25. Juni 1997 äusserte sich der Präsident sehr kritisch zur Entsolidarisierung in der beruflichen Vorsorge mit folgenden Worten: «Auch grössere Pensionskassen und sogar Pensionskassen des öffentlichen Rechts gehen zum Beitragsprimat über. Grössere Sparkassen, welche früher eher zu den knausrigen oder wenig fortschrittlichen Unternehmen gehörten oder als zweite und meistens auch als zweitklassige Einrichtung neben einer grosszügigen Rentenkasse geführt wurden, sind modern geworden. Immer häufiger wurden in der zweiten Säule Kapitalleistungen anstelle von Renten gewährt. Seit dem 1. Januar 1995 sind auch Kapitalleistungen für den Erwerb von Wohneigentum zulässig». Bei solchen Tendenzen erstaunt es kaum, wenn die Kammer sich mit der Idee der freien Wahl der Pensionskasse auseinandersetzen musste.

BUCHFÜHRUNG DER PENSIONSKASSEN

Die vom Bundesrat im April 1996 beschlossenen Buchführungs- und Anlagevorschriften sind am 1. Juli 1996 in Kraft getreten. Die Jahresabschlüsse 1996 mussten die neuen Bestimmungen des OR erstmals berücksichtigen.

INSOLVENZSCHUTZ DURCH DEN SICHERHEITSFONDS

Die 1996 beschlossene Erweiterung des Insolvenzschutzes über das BVG-Minimum hinaus ist per 1. Januar 1997 in Kraft getreten. Die Finanzierung dieser Erweiterung war bei der Einführung noch nicht geregelt. Der Gesetzgeber gab sich mit einer Erhöhung des bisherigen Beitrags an den Sicherheitsfonds auf 0.06% der BVG-Löhne zufrieden.

DAS FREIZÜGIGKEITSGESETZ

Die Freizügigkeitsansprüche bei Stellenwechsel sind gemäss dem Freizügigkeitsgesetz zu berechnen. Die Experten sind nun mehrheitlich dazu übergegangen, in den technischen Bilanzen mindestens die erworbene Leistung gemäss FZG zu bilanzieren.

DIE 1. BVG-REVISION

Der Bundesrat wollte die Vernehmlassung der ersten BVG-Revision im Sommer 1998 durchführen. Die diversen Themen beschäftigten die Kammer bereits im Vorfeld der Vernehmlassung. Die wichtigsten Punkte der Revision waren die Änderung des Koordinationsabzuges, die tiefere Eintrittsschwelle, aber auch die Einführung einer Obergrenze für die zweite Säule. Die Reduktion des Umwandlungssatzes auf 6.8% oder einen tieferen Wert war nicht nur wünschenswert, sondern dringlich.

DANIEL CHABLE

1994 À 1996

Rédigé par Emmanuel Vauclair, membre du Comité

Ci-dessous quelques éléments marquants de la période de présidence de Daniel Chable.

ENTRÉE EN VIGUEUR DE LA LFLP

Depuis la création de la Chambre, les réflexions et les difficultés techniques relatives au libre passage des assurés ont été omniprésentes. En fonction des besoins et des objectifs des différentes caisses de pension, des solutions très diverses ont été mises en place. Avec l'entrée en vigueur de la LFLP au 1er janvier 1995, cette diversité se trouve endiguée dans les limites de la législation fédérale.

RÉTROSPECTIVE

Lors de l'assemblée générale 1995, la Chambre fête son quart de siècle. Le président Daniel Chables fait une rétrospective des 25 dernières années et une prospective de ce que pourraient être les années futures.

GROUPEMENT CONSULTATIF EUROPÉEN

La Suisse, à travers l'Association Suisse d'Assurances ASA, a été admise en 1995 avec statut d'observateur au Groupement Consultatif Européen, soit l'organisation faîtière des associations d'actuaire européennes. Par voie de conséquence, l'ASA a eu accès à des groupes de travail de la branche, et, par ricochet, la Chambre a pu nommer un représentant dans le "Pensions Comité".

PRINCIPES POUR LES HONORAIRES

Afin d'éviter des problèmes liés à la législation sur les cartels, la Chambre doit revoir ses directives sur la fixation des honoraires. Une distinction entre les principes pour les honoraires – formellement applicables pour chaque membre – et les taux des honoraires – qui ne sont qu'une recommandation de la Chambre à ses membres – est introduite. Dans la discussion, il est relevé que les fourchettes pour les taux sont trop grandes et que le bureau de la Chambre n'est pas en mesure de contrôler matériellement l'application des taux proposés.

OLIVIER DEPRez

1992 BIS 1994

Die Präsidentszeit 1992 bis 1994 war geprägt durch die bevorstehende Einführung des Freizügigkeitsgesetzes, die Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung und die neuen Gesetzesbestimmungen zum Vorsorgeausgleich bei Scheidung. Das war aber nicht alles...

STÄNDIGES SEKRETARIAT

Bisher mussten alle mit der Kammer verbundenen Sekretariatsarbeiten durch den amtierenden Präsidenten sichergestellt werden. Dazu gehörten insbesondere die Einladungen zu den Mitgliederversammlungen, das Führen der Adresslisten und die sonstige Korrespondenz. Nach zwei Jahren mussten mit dem Präsidentenwechsel diese Sekretariatsarbeiten neu implementiert werden. Im Sinne einer effizienteren Führung wurde der Generalversammlung ein externes ständiges Sekretariat vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde an der 23. Generalversammlung von 24. Juni 1993 mit 29 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen angenommen. Mit dem externen Sekretariat wurde die seinerzeitige STG C & L Basel beauftragt. Das Sekretariat wurde während fast 20 Jahren von Rose-Marie Clément geleitet. Sie wurde im Jahre 2002 von Frau Catherine Sorg abgelöst. Beide Damen haben sehr viel zum Erfolg der Kammer beigetragen und es gebührt ihnen grosser Dank.

ARBEITSGRUPPE TEUERUNGS-AUSGLEICH

Der Bericht der Kammer «Indexierung der laufenden Renten in der beruflichen Vorsorge» vom 25. Mai 1992 bildete eine wertvolle Basis für die Diskussion im Zusammenhang mit der Forderung, das Problem des Teuerungsausgleichs auf Altersrenten zu lösen. Der Bericht entstand unter der Leitung von Jürg Walter. Mitglieder der Arbeitsgruppe waren Daniel Chable, Gérald Crausaz und Ernst Joss. Jürg Walter berichtete an der Generalversammlung vom 24. Juni 1993 über die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe. Es wurden insbesondere der Kontakt zur gleichnamigen Arbeitsgruppe der Lebensversicherer ver-

stärkt und zwei gemeinsame Besprechungen abgehalten. Das Thema Teuerung ist heute nicht mehr aktuell – dafür sind es die Negativzinsen. Aus Finanzierungssicht haben beide Probleme in der zweiten Säule grosse Ähnlichkeit.

HONORARORDNUNG

Die Kammer erliess periodisch Honorarordnungen, welche für die Expertenbüros verbindlich waren. In diesen Ordnungen waren Stundentarife angegeben, welche sich auf die entsprechende Honorarordnung der Treuhänderkammer stützten. Der Vorstand kam zum Schluss, dass die Honorarordnung überprüft werden müsse. Dies auf dem Hintergrund der seinerzeitigen Diskussionen um Deregulierungen zur Verhinderung von kartellartigen Absprachen. Um diesbezüglich Vorwürfen zuvorzukommen, sollte die neue Honorarordnung eher im Sinne von Richtlinien ausgearbeitet werden. Die an der Generalversammlung im Jahr 1995 verabschiedeten Richtlinien sind für Kammermitglieder zwar weiterhin verbindlich, die Stundenansätze dienen aber einzig als Empfehlung und sind nicht verbindlich.

FACHAUSDRÜCKE IN DER BERUFLICHEN VORSORGE IN DER SCHWEIZ

Im Juni 1992 wurde das über einen Zeitraum von 15 Jahren von der Kammer verfasste Wörterbuch «Fachausdrücke in der beruflichen Vorsorge in der Schweiz» veröffentlicht. Speziellen Dank gebührt dabei Pierre Christe, welcher als Moderator der entsprechenden Arbeitsgruppen gewirkt hat.

DANK

Danken möchte ich den Vorstandskollegen während meiner Präsidentszeit Pierre Christe, Jean-Richard Hagedorn und dem leider verstorbenen Daniel Chable. Ihr habt mich immer tatkräftig unterstützt.

ULRICH WEHRLI

1990 BIS 1992

Die Präsidentschaftszeit 1990 bis 1992 war geprägt durch die Vorarbeiten für neue Gesetze und die Pflege des vertieften Kontaktes zu eidgenössischen und kantonalen Aufsichtsbehörden. Gleichzeitig wurden der Kontakt zu unseren Mitgliedern und ihre Orientierung über laufende Arbeiten immer wichtiger.

VORARBEITEN FÜR NEUE GESETZE UND KONTAKT ZU AUFSICHTSBEHÖRDEN

Bald nach dem Bericht der Fünf Weisen (5 Experten-Berichte zur 3-Säulenkonzeption) hatte die Kammer Stellung zu nehmen zum Projekt «Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge». Wesentlich intensiver war aber die Arbeit im Zusammenhang mit dem neuen Gesetzesentwurf zur Freizügigkeit. Parallel dazu lief die – weniger im Einflussbereich der Kammer liegende – zehnte AHV-Revision, die seit Jahren diskutiert wurde.

Zwei Beurteilungen zum Kontakt mit den eidgenössischen Bundesämtern einerseits und den kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden andererseits mögen interessieren und sollen mit Zitaten aus den Jahresberichten des Präsidenten veranschaulicht werden:

«Unverändert belastet sind die Beziehungen zum Bundesamt für Sozialversicherung und zum Bundesamt für Justiz. Obwohl wir auch diese Ämter wiederholt fachtechnisch unterstützt haben, werden wir den Eindruck nicht los, dass diese Unterstützung nicht in vorgefasste Meinungen und Konzepte eindringt.»

Umso erfreulicher gestaltete sich der Kontakt zu den kantonalen BVG-Aufsichtsbehörden: «Es darf hier sicher festgestellt werden, dass sich dieser Kontakt auf einer soliden Basis, sehr oft verbunden mit einer langjährigen, persönlichen Beziehung abwickelt.»

KONTAKT ZUR VEREINIGUNG PRIVATER LEBENSVERSICHERER (VPL)

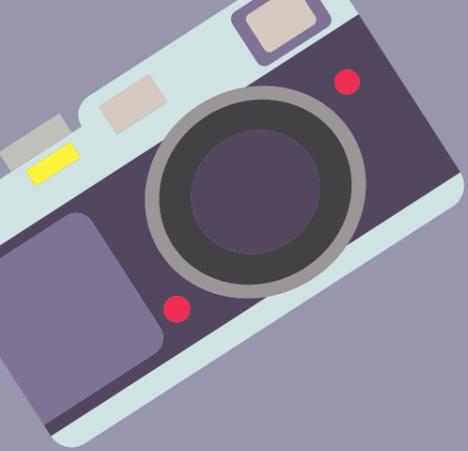
Im Kontakt mit der Technischen Kommission der VPL wurden u. a. folgende Themenkreise besprochen: Vergleich von Berechnungen (zwischen Kollektivversicherungsverträgen und autonomen Pensionskassen) nach verschiedenen Grundlagen oder verschiedenen Methoden, Diskussion über die Auflösung von Kollektivversicherungsverträgen sowie gegenseitige Information bei anstehenden politischen Vernehmlassungen mit versicherungstechnischem Hintergrund.

MITGLIEDER-ORIENTIERTE TÄTIGKEITEN

Die umfangreichen Gesetzesprojekte sowie die laufenden, grundsätzlichen Arbeiten brachten es mit sich, dass der Kontakt zu den Mitgliedern vermehrt über die «Mitteilungen des Büros» gesucht wurde.

Obwohl in der Schweiz bis anhin keine Berufshaftpflichtfälle von Pensionsversicherungs-Experten bekannt waren, schien die Gefahr von Haftungsfällen für die Zukunft grösser. Das Büro der Kammer holte daher bei mehreren Versicherungsgesellschaften Offerten ein, die dem Experten beim Bestehen einer Versicherung im Falle von Forderungen aus Berufshaftpflicht auf einfache und juristisch abgesicherte Weise Schutz bieten sollen.

Schliesslich wurde – nach eingehender Diskussion – die Erhöhung des bis anhin geltenden Mitgliederbeitrages von CHF 240 auf CHF 500, zuzüglich eines Unkostenbeitrages von CHF 50 für anstehende Druckkosten, beschlossen.



PIERRE CHRISTE

1988 À 1990

LA PRÉSIDENTIE DURANT LES ANNÉES 1988 À 1990 ÉTAIT ASSUMÉE PAR PIERRE CHRISTE.

Cinquante années déjà ! C'est un honneur pour moi, membre depuis 1972, de rappeler quelques étapes de ma présidence. Durant la période passée au Bureau (1986-1992), j'ai été confronté aux incontournables rubriques qui occupent une Association comme la Chambre. Indépendance de l'expert, programme de formation, procédures de consultation, renouvellement des groupes de travail, relations avec l'Association des Actuaire (ASA), avec les Autorités, etc. Depuis 1985, les nouveautés introduites par la LPP et ses ordonnances élargissaient considérablement ce vaste chantier de la prévoyance. Il y avait dans l'air l'envie de normer, de réglementer et surtout de contrôler. La simplicité apparente du système LPP à son début était bien une illusion. Je remercie mes collègues, Möschler, Wehrli, Deprez et Hagedorn pour leur total soutien durant ces années au Bureau de la Chambre.

1988 -1989

Les statuts de la Chambre ont été remaniés et furent adoptés par l'assemblée générale en 1989. La Directive sur les honoraires également. Suite aux demandes d'admission à la Chambre, plus nombreuses du fait de la LPP, garder le principe de l'indépendance de l'expert était un sujet sérieux pour le Bureau. On révisa aussi les dispositions sur le Conseil professionnel, notamment pour trancher les cas de manquements graves aux règles professionnelles. La révision du document Principes et Directives par un groupe de travail donna lieu à beaucoup de discussions parmi les membres. Il fallut une séance spéciale pour aplanir les divergences.

La prévoyance est accrochée au mode de vie des gens : elle mobilise de temps à autres les tribunaux. Le Bureau devait réagir aux jugements cantonaux ou du TF, en étudier la portée et déléguer à des groupes de travail l'étude de leur mise en application. Suite à un jugement octroyant le droit à des prestations de survivants pour homme ou femme, un groupe de travail ad hoc fut constitué. Avec trois autres experts de la chambre et de l'ASA, je participai à l'élaboration du

rapport des quatre experts sur le libre-passage qui parut en 1988 et qui inspira la législation finale adoptée par le DFJP en 1991.

1989 - 1990

Adoption du document Principes et Directives en 1990 en accord avec l'ASA. Modification du nom de la Chambre : il manquait « suisse » dans l'appellation utilisée jusque-là.

Le travail de Terminologie de la prévoyance est enfin remis en 1989 au Bureau ; l'assemblée décide d'un budget pour sa publication en 1991, après 17 ans de travail.

Dans ce vaste chamboulement, les membres sentaient monter la pression sur leur profession : qu'en est-il de notre responsabilité ? L'analyse des critères de responsabilité occupa le Bureau pour plusieurs séances. La communication - vers l'extérieur, comment communiquer ? - et les relations avec l'organe de contrôle, avec les autorités de surveillance, fut une des préoccupations du Bureau. On sentait le besoin de fixer une délimitation des compétences respectives. Tout naturellement, les thèmes discutés en séance traitaient de l'avancée des textes ou projets législatifs de la LPP. Il fallait suivre les travaux des diverses commissions, sub-commissions, groupes de travail ad hoc. On discuta de sujets comme l'institution supplétive et de son financement, des problèmes particuliers aux institutions de droit public ou aux fondations collectives, de l'examen des règlements des institutions de prévoyance et de leur enregistrement au Registre, ou encore du contrôle des comptes-témoins pour les fondations collectives.

En 1988, quelques initiés eurent connaissance des nouvelles normes US FAS 87 - normes comptables incluant les engagements de la prévoyance professionnelle comme élément de la situation financière de l'entreprise. Cette perspective surprenante pour le système suisse, séparé de l'entreprise, laissa plus d'un conclure que cela ne nous concernerait pas ! Le bureau se préoccupa très tôt de cette éventualité et quelques membres s'y intéressèrent. IAS 19 arriva, puis RPC 26, mais... beaucoup plus tard.

PETER MÖSCHLER

1986 BIS 1988

Nach der äusserst regen und vielfältigen Tätigkeit der Kammer unter dem Präsidium meines sehr engagierten Vorgängers Ernest Kuhn trat zu Beginn meiner Amtszeit eine gewisse Beruhigung ein. Im zweiten Jahr nach Inkrafttreten des BVG hat sich das Büro der Kammer – damals noch aus drei Mitgliedern bestehend – mit aktuellen Fragen befasst, ausserdem fand im April 1987 eine gut besuchte Arbeitssitzung statt. Deren Anliegen war es, in allen Belangen der diskutierten Punkte einen möglichst grossen Freiraum erhalten zu können, namentlich bei

- den steuerlichen Aspekten
- der Gleichbehandlung von Männern und Frauen
- der Freizügigkeit
- dem Verhältnis zwischen Experten und Kontrollstelle
- der Reglementsprüfung durch die Aufsichtsbehörde.

Im Blick auf die definitive Registrierung der Vorsorgeeinrichtungen erstellten wir zu letzterem Punkt ein Arbeitspapier, das der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden zugestellt wurde.

Die Kammer wurde ferner zu einer Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über die Wohneigentumsförderung eingeladen. Vorgängig – angesichts der sich anbahnenden Flut von Verordnungen – hat sie beim Präsidenten der BVG-Kommission und damaligen Direktor des BSV ihre Bedenken betreffend weitere Einschränkungen des Freiraumes in der beruflichen Vorsorge angemeldet.

Arbeitsgruppen der Kammer befassten sich u. a. mit den umfangreichen und aufwendigen Arbeiten zur Terminologie des neuen Wörterbuchs, mit den Grundsätzen und Richtlinien sowie mit der Gleichbehandlung von

Männern und Frauen mit z. T. unterschiedlichem Einsatzzeifer bzw. Erfolg. Des Weiteren vertraten unsere Mitglieder in der BVG-Kommission und in der Gemischten Kommission die Anliegen und Meinungen der Kammer. Insbesondere wünschten wir eine Vereinfachung der Verwaltung sowie mehr Flexibilität und warnten vor einer Aufblähung des Sicherheitsfonds.

An einer von uns angeregten Zusammenkunft mit Vertretern der Technischen Kommission des VPL konnten verschiedene offene Fragen geklärt werden. Eine ad hoc gebildete Arbeitsgruppe diskutierte die Problematik und mögliche Lösungsvorschläge zur Freizügigkeit. Wir untersuchten zudem – auf Ersuchen von Dr. H. Walser – das von der FDP vorgeschlagene Modell für die zehnte AHV-Revision auf mögliche Auswirkungen auf die zweite Säule und erstellten ein entsprechendes Papier. Die Mitgliederversammlung 1988 hiess u. a. eine Statutenänderung gut, die insbesondere den Zweck und die Mitgliedschaft betraf.

In den zwei Jahren meiner Präsidialzeit konnten zahlreiche neue Mitglieder aufgenommen werden, sodass die Kammer im Juni 1988 bereits 68 ordentliche Mitglieder und fünf Freimitglieder angehörten. Leider mussten wir im April 1988 mit Walter Janns Tod von einem sehr geschätzten Gründungsmitglied und lieben Freund Abschied nehmen.

Rückblickend waren es doch zwei recht aktive Jahre, in denen sich die Kammer und ihre Mitglieder mit Fragen und Problemen beschäftigten, die z. T. auch heute noch aktuell sind (obschon die Regelungsdichte ein besorgniserregendes Ausmass erreicht hat!).

ERNEST KUHN

1984 À 1986

Rédigé par Emmanuel Vauclair, membre du Comité

Ci-dessous quelques éléments marquants de la période de présidence de Ernest Kuhn.

ENTRÉE EN VIGUEUR DE LA LPP ET COMMISSION LPP

Il n'est guère nécessaire de préciser que l'événement majeur de cette période a été l'entrée en vigueur de la LPP, qualifié de "tournant historique pour l'association". Malgré un important travail en amont, toutes les questions liées aux premiers pas du régime obligatoire n'avaient pas encore pu être réglées. Lors de l'assemblée générale 1985, les membres de la Chambre échangent notamment sur le rôle et le financement du Fonds de garantie. On s'étonne de ne pas encore savoir "sur la base de quels salaires la cotisation [du Fonds de garantie] devra être calculée". La loi fédérale entraîne son lot de nouvelles obligations, notamment un nouveau formulaire de l'OFAS pour la statistique des caisses de pensions. Dans la Commission LPP nouvellement créé, la Chambre envoie son premier représentant en la personne de Daniel Thomann.

GROUPES DE TRAVAIL "PRINCIPES ET DIRECTIVES" ET "TERMINOLOGIE"

Le groupe de travail "Principes et directives" peine à trouver des volontaires pour épauler son responsable. Le Président lance un appel appuyé lors de l'assemblée générale 1985, précisant qu'il y a "bien des points sur lesquels la Chambre devrait proposer une solution avant que quelqu'un d'autre ne s'en occupe à sa place." Un constat qui a gardé toute sa pertinence jusqu'à nos jours.

Le groupe de travail "Terminologie" se voit obligé de remettre l'ouvrage sur le métier, puisqu'il s'agit désormais d'incorporer les termes de la LPP, ce qui ne sera pas une sinécure au vue des divergences existant entre les textes allemand et français. Le responsable du groupe, Pierre Christe, se donne 3 à 5 ans pour terminer cette œuvre collective de la Chambre.

MANUEL SUR LE CONTENU DU RAPPORT D'EXPERTISE

Lors de l'assemblée générale 1986, les membres débattent sur l'opportunité d'établir un manuel sur le contenu du rapport d'expertise. Ce document serait non seulement utile pour les membres, mais il établirait également une base qualitative commune. L'ancienne présidente Colette Abel déclare, même si elle salue l'initiative, qu'il faut avant tout veiller à préserver la liberté de conception de chaque expert.

ERIC DEPPEZ

1982 BIS 1984

Verfasst von Philippe Deppez, für seinen Grossvater

Zehn Jahre nach der Gründungszeit (Präsidentschaftsjahre 1970 bis 1972) stand Eric Deppez 1982 bis 1984 wiederum der Kammer der Pensionskassen-Experten vor.

DAS BVG IST BESCHLOSSENE SACHE

Kurz nach der 12. Generalversammlung vom 4. Mai 1982 in La Tour-de-Peilz, nämlich am 25. Juni 1982, haben die eidgenössischen Räte mit überaus deutlichem Mehr (Nationalrat 159 Ja- zu 6 Nein-Stimmen, Ständerat 33 Ja- zu 0 Nein-Stimmen) dem BVG zugestimmt.

Der Präsident erwähnt in seinem Jahresbericht an der 13. Generalversammlung vom 10. Juni 1983, dass für bestehende Pensionskassen noch viele Fragen betreffend die Anpassung an das Gesetz offen seien. Insbesondere lägen die endgültigen Verordnungen noch nicht vor. Der Vorstand beschloss, die schon im Jahre 1975 gegründeten drei regionalen Arbeitsgruppen, die für das Zusammentragen der Meinungen der Kammermitglieder über das BVG gebildet worden waren, zu reaktivieren. Am 28. September hatte bereits eine Sitzung zusammen mit den drei Vorsitzenden dieser Arbeitsgruppen stattgefunden. In Bernhard Romer wählte die Kammer ihren Vertreter zur Einsitznahme in die Kommission für die Ausarbeitung der Verordnungen. An einer Arbeitssitzung der Kammer vom 25. Februar 1983 in Bern wurden die Kammermitglieder durch Bernhard Romer sehr eingehend über die zu erwartenden Verordnungen BVV 1 und BVV 2 orientiert.

Bei Einführung des BVG wurde unter Fachleuten die Frage nach dem «Split» kontrovers diskutiert (beim «Split» wird das BVG innerhalb eines per 1. Januar 1985 eigens errichteten neuen Rechtsträgers durchgeführt und die schon bestehende Kasse bleibt unter Anrechnung der BVG-Mindestleistungen bestehen). Im Protokoll der Generalversammlung vom 8. Juni 1984 steht: «M. Raymond Ducommun souligne le fait que la Chambre n'a pas, jusqu'à ce jour, pris une position claire et officielle concernant le problème du split et plus particulièrement

au sujet des conséquences engendrées par le split sous l'angle technique. Il propose que la Chambre s'exprime à ce sujet. Dans le cadre de la discussion qui suit, M. J.-P. Beausoleil propose d'adopter un communiqué de presse. A une forte majorité des membres présents, cette proposition est acceptée. Le texte élaboré pendant la séance par un petit comité de rédaction, est ensuite également adopté à une forte majorité.» Der Text wurde unmittelbar nach der GV der Presse zugestellt.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

An der ersten Sitzung des neuen Vorstandes am 1. Juni 1982 ging es darum, wie man die Kammer bekannt machen könne. Man stelle nämlich heute immer wieder fest, dass der Beruf des Versicherungsmathematikers, speziell der Beruf des Pensionskassen-Experten, in seiner ganzen Mannigfaltigkeit nicht oder nur sehr oberflächlich bekannt sei. Die einfachste Art, unsere Kammer und ihre Mitglieder bekannt zu machen, sei eine grösstmögliche Streuung der Mitgliederliste. Diese wurde neu gestaltet (es waren 45 Aktivmitglieder) und zusammen mit einem Begleitschreiben an die Verbände für Personalvorsorge, die Aufsichtsbehörden, an die kantonalen Handelskammern, an institutionelle Anleger und auch an verschiedene Gewerkschaften gesandt. Das sollte ein erster Schritt sein. Denn vor dem Hintergrund, dass nach der Annahme des BVG zahlreiche Banken, Versicherungsgesellschaften und Dienstleistungsbetriebe sich in übergrossen Inseraten für die Anpassungsarbeiten bestehender Pensionskassen oder für die Gründung neuer Vorsorgeeinrichtungen empfahlen, war der Vorstand der Meinung, dass der Beruf des Pensionskassen-Experten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollte. Dies mit einer finanziellen Beteiligung der Kammer; allerdings in einem viel kleineren Rahmen, als es die genannten Anbieter tun konnten. Aufgrund einer bei den Mitgliedern durchgeführten Umfrage musste der Vorstand das Projekt «Werbekampagne» aber ad acta legen.

BERNHARD ROMER

1980 BIS 1982

Verfasst von Urs Bracher, Sekretär der SKPE

Die Präsidentschaftszeit 1980 bis 1982 war geprägt vom entstehenden Gesetz über die berufliche Vorsorge, dem BVG. Diverse neue Entwurfsvarianten standen bei den Eidgenössischen Räten in Behandlung.

DAS BVG ENTSTEHT

Anlässlich einer Arbeitstagung der Kammer am 16. September 1980 beschäftigten sich die Experten vorwiegend mit den aufgeworfenen Fragen zum BVG. Eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Eric Deppez erarbeitete zu Händen der Mitglieder eine detaillierte und differenzierte Stellungnahme. Im Laufe des Februars 1981 konnte die Stellungnahme wichtigen politischen Kreisen übergeben werden.

Auch im Jahre 1982 bestand der bedeutende Teil der Arbeit der Kammer in Gestaltungsfragen rund um das neue Gesetz. Es war allen klar, dass das neue Gesetz die berufliche Tätigkeit stark beeinflussen werde und die Vielfalt im Bereich der sozialen Sicherheit einschränken würde. Die Kammer setzte sich dafür ein, dass das Bewährte in Form von eigenständigen Pensionskassen-Lösungen nicht der Nivellierung geopfert würde. Die Differenzbereinigung beim BVG war noch nicht ganz abgeschlossen, näherte sich aber dem Ende.

DIE VERORDNUNGEN ZUM BVG

Nach längerem Unterbruch wurden im Februar 1982 die Arbeiten an den Verordnungen zum BVG wieder aufgenommen. Die Kammer war sehr interessiert, ihre Ideen bei der Verfassung der Verordnungen einzubringen, da einige praktische Regeln und Anleitungen erst durch die Verordnungen festgelegt wurden.

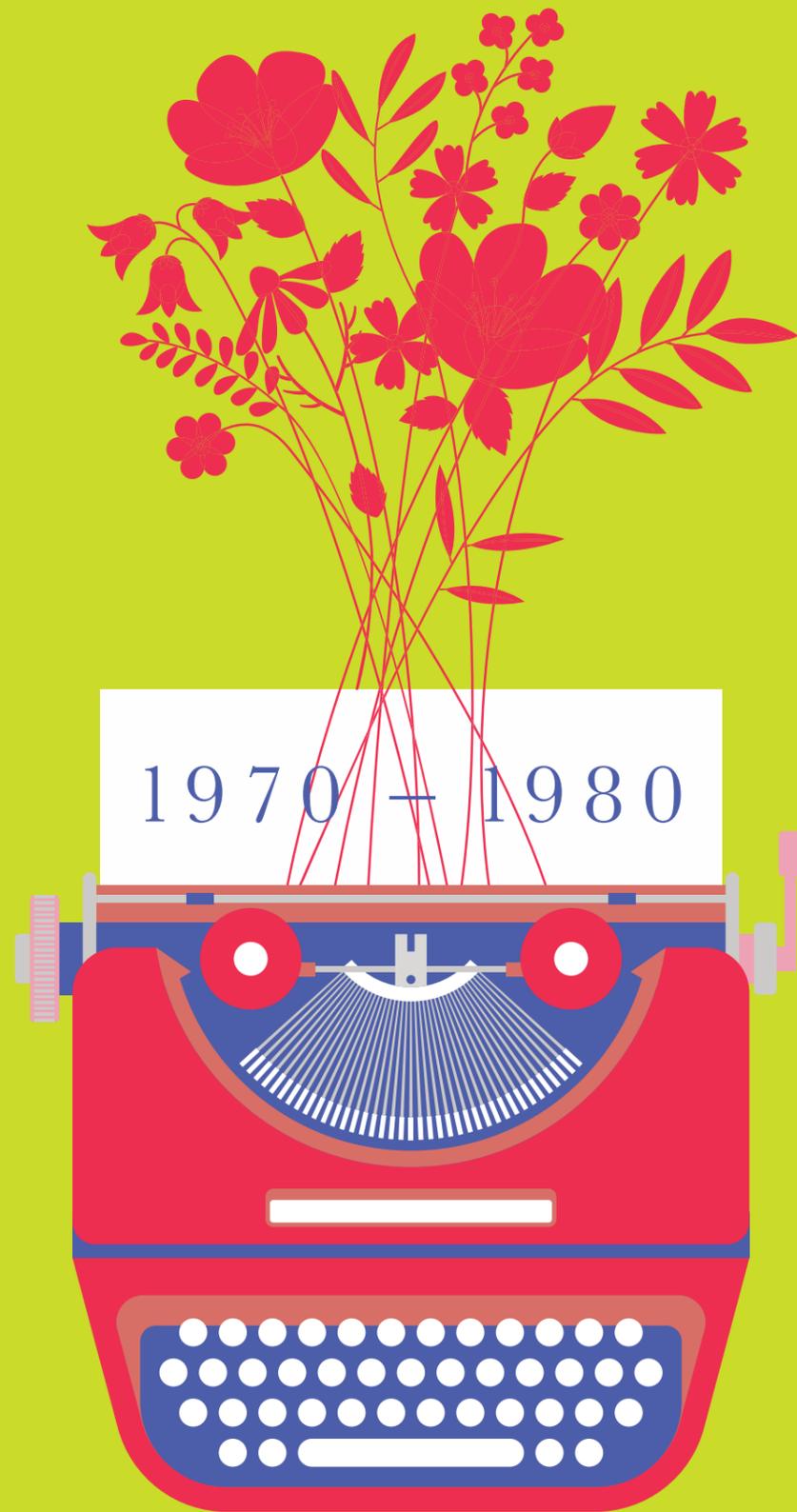
Drei Arbeitsgruppen befassten sich in regem Gedankenaustausch mit den Verordnungsentwürfen, die zu einzelnen Themen Stellungnahmen und schliesslich in Briefen an Bundesrat Hürlimann und Ständerat Kündig mündeten. Die Kammer gewann den Eindruck, dass sich ihre Arbeit gelohnt hatte, denn die Anliegen wurden beachtet. Die Kammer bekam einen Einsitz in die BVV-Kommission, das hiess, sie bekam einen höheren Bekanntheitsgrad und einen Anerkennungsstatus. Im Rahmen dieser BVV-Kommission wurden einige Kammermitglieder als Experten herangezogen.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Der Präsident Bernhard Romer ermunterte die Mitglieder anlässlich der Generalversammlungen, sich der Öffentlichkeitsarbeit zu stellen. Wenn die Stimme der Kammer gehört werden sollte, müsse die Kammer nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ Bedeutung erlangen.

MITGLIEDERBESTAND

Im Mai 1981 bestand die Kammer aus 39 Aktivmitgliedern und zwei Freimitgliedern. Ein Jahr später, nach den Neuaufnahmen im Mai 1982, bestand die Kammer aus 47 Aktiven und drei Freimitgliedern. Freude bereitete insbesondere, dass die Kammer durch jüngere Mitglieder Zustrom bekam, die eine Unbekümmertheit und Frische in die Kammer trugen.



THEO SCHÄTZLE

1978 BIS 1980

Verfasst von Urs Bracher, Sekretär der SKP

Die Präsidentschaftszeit 1978 bis 1980 war vorwiegend geprägt durch die lange Behandlung der Kommission des Ständerates zum neuen Gesetz über die berufliche Vorsorge, BVG.

GESETZE

Am 1. Januar 1979 trat die 9. AHV-Revision in Kraft und unmittelbar danach begannen die Arbeiten an der grossen 10. AHV-Revision. In der AHV-Kommission, welche diese Revision vorbereitete, war die Kammer durch Pierre Vaucher vertreten.

Das neue Gesetz über die berufliche Vorsorge, BVG, kam nur langsam voran. Die Kammermitglieder waren daran interessiert, dass das Obligatorium die Gestaltungsfreiheit der Vorsorgeeinrichtungen nicht zu stark beeinträchtigte.

Zum Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG, erliess der Bundesrat eine neue Verordnung. Die Kammer konnte mit Erfolg eine Eingabe machen, um die nichtproportionale Rückversicherung der Pensionskassen nicht zu unterbinden.

Sowohl zur Unfall-Versicherung wie auch zur Kranken-Versicherung werden neue Gesetze diskutiert.

TÄTIGKEIT NACH AUSSEN

Neu diplomierte Pensionsversicherungsexperten sollten in die Kammer aufgenommen, wenn sie unabhängig sind. Zu eingehenden Diskussionen in der Kammer führte jedoch die Beziehung zu jenen Experten, die bei Lebensversicherungen arbeiten. Ein Thema, welches noch Jahre andauern sollte.

INNERHALB DER KAMMER

Die Statuten wurden um die Möglichkeit, Freimitglieder zu führen, ergänzt.

Arbeitsgruppen befassten sich noch mit folgenden Themen:

- Empfehlung für die Erstellung versicherungstechnischer Bilanzen
- Abgrenzung zur Kontrollstelle
- Terminologie
- Dynamische Berechnung

Die Kammer bestand am 30. Mai 1980 aus 34 ordentlichen Mitgliedern sowie drei Freimitgliedern.

COLETTE ABEL

1976 À 1978

Rédigé par Emmanuel Vauclair, membre du Comité

Ci-dessous quelques éléments marquants de la période de présidence de Colette Abel.

UNE FEMME À LA TÊTE DE LA CHAMBRE DES ACTUAIRES-CONSEILS

Grâce à Colette Abel, une association professionnelle de portée nationale est présidée par une femme. Lors de l'assemblée générale 1977, la Chambre compte 30 membres ordinaires, dont une poignée de femmes. Pendant les deux ans de présidence de Colette Abel, pas moins de huit séances de travail – rassemblant chaque fois plus de la moitié des membres de la Chambre – ont eu lieu, traduisant ainsi les préoccupations et les riches échanges dans le cadre de l'élaboration de la LPP. Ce fort engagement fut récompensé par la tenue de l'assemblée générale 1978 en Alsace, dont le retour en car jusqu'à Bâle est resté gravé dans les mémoires.

DIRECTIVES SUR LA FIXATION DES HONORAIRES

La Chambre a élaboré des directives sur la fixation des honoraires à l'attention de ses membres. Il a notamment été discuté du niveau des tarifs des différents intervenants (expert / actuaire / secrétaire / auxiliaire / ...) ainsi que du niveau hiérarchique des experts dans les sociétés de conseils (directeur / directeur adjoint / sous-directeur / ...). De manière très sage, la directive stipulait explicitement que "le bureau de la Chambre était seul compétent pour contrôler l'application des présentes directives."

RESPONSABILITÉ CIVILE DE L'EXPERT

Le bureau de la Chambre a procédé à un appel d'offres pour une assurance en responsabilité civile collective à l'attention des membres de la Chambre. Parmi les compagnies sollicitées, seule la Winterthur a déposé une proposition. Chaque membre de la Chambre a pu, selon ses besoins, contracter cette police-type.

UNIFICATION DE LA TERMINOLOGIE ET DOCUMENTATION CENTRALE

Constatant la complexité de certains termes techniques, la Chambre a formé un groupe de travail en vue d'élaborer une terminologie unifiée pour la profession. De plus, le bureau de la Chambre a été chargé d'établir une bibliothèque centrale des principaux documents utiles, avec, par exemple, les jurisprudences, les circulaires des Cantons et autres directives professionnelles.

PIERRE VAUCHER

1974 À 1976

Rédigé par Emmanuel Vauclair, membre du Comité

TRAVAUX PRÉPARATOIRES À L'INTRODUCTION DE LA LPP

Les discussions au niveau fédéral dans le cadre de l'élaboration de la LPP ont été suivies avec grande attention par les membres de la Chambre. Il était primordial que la législation en gestation, outre certains aspects techniques comme le libre passage ou la garantie de droits acquis, reconnaisse le rôle de l'actuaire-conseils et lui attribue formellement les responsabilités qu'il exerce déjà depuis longtemps dans la pratique: le contrôle technique des institutions de prévoyance devait impérativement être attribué à l'actuaire-conseils. A travers différentes prises de positions et autres publications, le Chambre a largement contribué à faire ancrer ce rôle dans la loi en préparation.

FORMATION ET RECONNAISSANCE DES EXPERTS

Le bureau de la Chambre s'est attelé à l'élaboration d'un règlement d'examens professionnels pour experts en assurances de pension. Ce dernier, accepté le 11 septembre 1975 par la Chambre puis le 20 septembre 1975 par l'Association suisse des actuaires, a ouvert la porte à la tenue des premiers examens entre septembre 1976 et avril 1977. Une fois les examens réussis, le ou la candidat-e devait encore s'acquitter d'une taxe de 500 francs pour obtenir le titre d'expert agréé. En parallèle, la Chambre s'est beaucoup engagé dans la procédure de reconnaissance de la génération d'entrée.

STATUTS ET COTISATIONS

L'assemblée générale 1975 a validé une révision totale des statuts. Il y était notamment explicitement mentionné que, dans le cadre de la procédure d'admission au sein de la Chambre, "les raisons ayant prévalu pour le refus d'admettre un candidat comme membre ordinaire ne doivent pas être divulguées". La décision d'admission était, à l'époque, du ressort de l'assemblée générale, et ce jusqu'en 2005. Dans la première moitié des années 1970, la cotisation annuelle s'élevait à 100 francs. Lors de l'assemblée générale 1975, l'introduction d'une indemnisation des membres des commissions a été refusée, estimant qu'un certain engagement dans les activités de la Chambre était attendu, car, au final, l'ensemble de la profession en profitait.

ROLAND RIETHMANN

1972 BIS 1974

Verfasst von Urs Bracher, Sekretär der SKPE

Das dominante Thema der Präsidentschaftszeit 1972 bis 1974 waren die Beratungen über das im Entstehen begriffene Gesetz über die berufliche Vorsorge.

1972 bis 1973

Im Jahre 1972 warteten die Kammermitglieder gespannt auf den Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) über das «Obligatorium der beruflichen Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenvorsorge» (BVG). Der Präsident Roland Riethmann warf an der Mitgliederversammlung im August 1972 die Frage auf, «ob die gesetzlichen Leistungen gemäss BVG in einem Reglement und die darüber hinausgehenden Leistungen in einem zweiten Reglement abzubilden seien oder ob allenfalls ein zusammenfassendes Reglement vorzuziehen sei». Die 19 anwesenden Kammermitglieder (von insgesamt 23 Mitgliedern) konnten sich nicht auf eine einheitliche Lösung festlegen. Einig war man sich jedoch, dass neben einer strengen Regelung des gesetzlichen Minimalteils, weitgehende Freiheiten für den überobligatorischen Bereich notwendig seien.

Anlässlich einer weiteren Mitgliederversammlung am 12. Dezember 1972 wurden zwei Kommissionen gebildet, die zu Händen des Bundesamtes für Sozialversicherung die Vernehmlassung des BVG-Entwurfes erarbeiten sollten.

1973 bis 1974

An der Generalversammlung vom 1. Oktober 1973 waren von insgesamt 27 Mitgliedern 16 anwesend. Ein Diskussionspunkt war, welche Mitglieder des «Vereins schweizerischer Versicherungsmathematiker» (VSVM) im Sinne des künftigen Gesetzes über die zweite Säule als «anerkannter Fachmann» tätig sein durften. Um Verwechslungen zwischen PK-Experte, PK-Berater und anerkanntem Fachmann zu vermeiden, wurde präzisiert, wer Mitglied der Kammer sein darf.

Mit Blick auf die Gesetzgebung zur zweiten Säule war sich die Kammer einig, dass für die Altersrentenfinanzierung ein Mindestalter von 25 Jahren gelten sollte.

Auch die Einführung eines Koordinationsabzugs und die Festlegung einer oberen Gehaltsgrenze waren unstrittig. Zwei Punkte hingegen waren noch offen: Sollten neben Renten- auch Kapitalzahlungen in grösserem Ausmass zugelassen werden? Und: Wie sollten Beitrags- und Leistungsprimatkassen parallel geführt werden?

Dem offiziellen Gesetzesvorschlag des Bundesamtes für Sozialversicherung stand ein Gegenvorschlag von Nationalrat Dr. Brunner gegenüber. Bundesrat Hans Peter Tschudi erklärte sich in einem Schreiben vom 28. Juni 1973 einverstanden, den Vorschlag Brunner durch einen Ausschuss der Kammer überprüfen zu lassen. Die vom Ausschuss beantragten Änderungen wurden von Brunner nach zähem Ringen übernommen, woraufhin der Ausschuss Bundesrat Tschudi bekannt geben konnte, nun mit dem Gesetzesvorschlag von Nationalrat Dr. Brunner einverstanden zu sein. Die Kammer war sich im Klaren, dass das neue Gesetz über die berufliche Vorsorge voraussichtlich ein Kompromiss zwischen der Variante Brunners und der offiziellen Gesetzesvorlage werden würde.

Es war eine arbeitsintensive Phase: Im Verlauf des Jahres erarbeitete die Kammer an insgesamt fünf Mitgliederversammlungen diverse Stellungnahmen zur zweiten Säule. Die Generalversammlung vom 5. April 1974 fand im Hause der Familie Abel im Elsass statt. Von insgesamt 26 Kammermitgliedern waren 21 anwesend. An der Versammlung wurde neben den statutarischen Belangen die Kammermitglieder auch über den Stand des Gesetzgebungsprozesses zur neuen zweiten Säule informiert. Die Kammermitglieder liessen sich nach der Generalversammlung mit leckeren Elsässer Spezialitäten verwöhnen, welche das Kammermitglied Colette Abel selbst gekocht hatte. Ob das wohl der Grund war, dass 80 % der Kammermitglieder anwesend waren?

ERIC DEPPEZ

1970 BIS 1972

Verfasst von Olivier Deppez, für seinen Vater

Die Präsidentschaftszeit 1970 bis 1972 war geprägt durch die Ausarbeitung der «Richtlinien», der Diskussion um die Festlegung der Aufnahmepraxis neuer Mitglieder und durch die Diskussion um die Freizügigkeit.

RICHTLINIEN

Die in den «Grundsätzen und Richtlinien im Bereich der Personalvorsorge» als Anhang 3 von der Kammer erlassenen «Richtlinien für die Durchführung von Aufträgen im Gebiete der Pensionskassen-Beratung» vom 22. September 1970 stellt sicher, dass ihre Mitglieder «umfassende berufliche Kenntnisse» aufweisen und sich zur Einhaltung «allgemeiner Verhaltensnormen» verpflichten müssen. Insbesondere führt der Pensionskassen-Experte die ihm erteilten Aufträge «frei von anderweitigen Bindungen nach seinem besten Wissen und Gewissen» aus. Diese von ihren Mitgliedern geforderte Unabhängigkeit in der Beratertätigkeit war der Kammer sehr wichtig.

PRAXIS KÜNFTIGER
MITGLIEDERAUFNAHMEN

Konkret stellte sich die Frage nach der Unabhängigkeit bei der Festlegung der Praxis für die Aufnahme neuer Mitglieder. Wie kann sichergestellt werden, dass das Mitglied eigene Entscheidungsbefugnisse besitzt, die eine objektive, unabhängige Beratung garantieren? Wie man konkret vorgehen solle, war umstritten, und es wurde innerhalb der Kammer eingehend darüber diskutiert. Einhellig war man der Auffassung, nicht einfach ein Maximum von Mitgliedern anstreben zu wollen; die Mitgliedschaft sollte bedeuten, dass es sich um einen ausgesprochenen Fachmann auf dem Gebiet der Pensionskassen handelt. Es wurde zur Frage der Neuaufnahmen extra eine Kommission bestellt.

FREIZÜGIGKEIT IN DER
BERUFLICHEN VORSORGE

Kurz nach der Gründung der Kammer traten am 1. Januar 1972 neue Gesetzesbestimmungen im OR in Kraft, welche die minimale Freizügigkeitsleistung verbesserten. Demnach ist bei einer Spareinrichtung (Art. 331a OR) dem

Arbeitnehmer nach fünf Beitragsjahren, neben den eigenen verzinsten Beiträgen, ein der Anzahl der Beitragsjahre angemessener Teil der Arbeitgeberbeiträge samt Zins mitzugeben. Sind für 30 oder mehr Jahre Beiträge geleistet worden, so muss das gesamte Sparguthaben samt Zins ausgerichtet werden. Bei Versicherungseinrichtungen (Art. 331b OR) bestand Anspruch auf die (unverzinsten) eigenen Beiträge und nach fünf Beitragsjahren zusätzlich auf einen angemessenen Teil des auf den Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses berechneten Deckungskapitals. Die Kammer führte am 30. November 1971 in Olten eine Mitgliederversammlung durch, welche sich einzig mit dem Thema der Freizügigkeit befasste.

Das Problem der Freizügigkeit war mit dieser Änderung des OR jedoch nicht vom Tisch. Es wurde mit tatkräftiger Unterstützung von Kammermitgliedern an einem, sich an seinerzeitigen Branchenlösungen (z. B. in der Maschinenindustrie) und Lösungen bei öffentlich-rechtlichen Kassen (sog. Schuler-Abkommen) orientierenden Revisionsvorschlag für Art. 331 ff OR gearbeitet. Bekanntlich erfüllte auch das im Jahre 1985 in Kraft gesetzte BVG die Hoffnung auf die «volle Freizügigkeit» nicht. Das Problem wurde erst im Jahre 1995 mit dem neuen Freizügigkeitsgesetz befriedigend gelöst.

SICH KENNENLERNEN, DIE MEINUNG
OFFEN VERTRETEN, GRUNDSÄTZLICH
EINMÜTIGKEIT

An der zweiten Generalversammlung am 3. Februar 1972 äusserte sich Eric Deppez bei seiner Begrüssung folgendermassen: «Ich glaube sagen zu dürfen, dass sich die Gründung der Kammer als überaus glücklich erwiesen hat; man hat sich gegenseitig kennengelernt und weiss, dass man seine Meinung offen äussern kann; trotz Differenzen im Einzelnen besteht eine grundsätzliche Einmütigkeit.» Das hat sich eigentlich seit der Gründung der Kammer nicht geändert.

Impressum**Herausgeber:**

Schweizerische Kammer
der Pensionskassen-Experten (SKPE)

Redaktion:

Urs Bracher

Gestaltung und Realisation:

Maria Salvatore und Elisabeth Zsindely

Druck:

Robert Hürrlimann AG

Copyright:

SKPE

In der Schweiz gedruckt auf
FSC-zertifiziertem Papier.